



## Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdike in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin W. 30.

Erscheint wöchentlich, einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 Mk. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Folgegebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Spalte, Zeile 20 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen-, Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Zeitbreite 1.20 Mk.

Nr. 42.

Berlin, 14. Oktober 1932.

13. Jahrg.

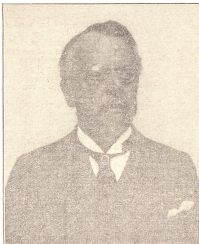
Inhalt: S. 497: Die Krise der polnischen Minderheit. / S. 498: Weret's sein polnisches Gymnasium in Weiden. — Keine politischen Zeitgespräche mehr. / S. 499: Der Minderheitenvertrag von dem Föderation. — Deutsche Schulanstalten in Polen. / S. 500: Was heißt Ostmark? — Die Einwirkung des Zensur-Güterumschlages. — Ein polnisches Verkehrsministerium in Prag. / S. 501: Bildung, Disziplin. — Polens Aufgabe auf dem Ostmark. — Der Besitzstand eines Viehhirten für Polen. — Gassen-Katzen. — Preußen wird nicht geschädigt. — Der Leiter der Ostmark. — Die Ostmark von Brann und Zedlitz. / S. 502: Kulturpolitik. — Entschädigung. — Bundesangelegenheiten. — Bundesarbeit. / S. 503: Gemeindefragen.

### Die Krise der polnischen Minderheit.

Mit gutem Grund hatten die Feindmächte in Versailles darauf verzichtet, Deutschland (außerhalb des obersteilsten Abstammungsgebietes) einen Minderheitenschutzvertrag aufzuerlegen. Sie hätten sich die Gelegenheit, den geflohenen Segner auch noch auf minderheitspolitischem Gebiete zu binden, ganz gewiß nicht entgehen lassen, wenn sie die notwendige Voraussetzung hierzu, nämlich eine nationale Minderheit, gefunden hätten. Daß die Minderheiten keinen Anspruch auf eine nationale Sonderstellung innerhalb des preußischen Staates und der deutschen Kulturgemeinschaft erheben, haben sie in der Abstimmung von 1920 gezeigt. Und was es in Deutschland an polnischen Minderheitsorganisationen gibt, das geht, weil es auf schlemmiger schwache Splitterguppen ohne eigene, beständige Lebenskraft aufgebaut ist, allmählich der inneren Auflösung entgegen. Zum mindesten kann man sagen, daß die polnische Minderheit, z. B. eine schwere Krise durchmacht. Der organisatorische Zerfall der polnischen Minderheit hat seit Ende 1931 erhebliche Fortschritte gemacht. Die Opposition gegen das „Gymnasium Racmarok“, die in Berlin vom „Gloss Dofski“ z. B. in der Oberfläche von der Korjantgruppe in Abstein-Weiden vom „Verband für gegenseitige Hilfe“ und im

die etwa 1500 Kinder, die die Polen seit Anfang 1929 bis heute für ihre Schulen gewonnen haben, sind — gemessen an der unbestimmten Zuerlegung, die sie erdulden konnten und erdulden haben — doch ein recht klägliches Ergebnis. Wie soll ein Unbefangener dem Grade von den 1½ Millionen Polen in Preußen noch Glauben schenken, wenn es die Minderheit selbst in den Segenden, die angeblich aus einer polnischen Mehrheit besteht, nicht fertiggebracht hat, ein quantitativ und qualitativ beachtliches Schulsystem zu errichten? Jeder vernünftige Mensch kann aus diesem Ergebnis einer mehrjährigen intensiven Zuerlegung für die polnische Schule nur die Folgerung ziehen, daß das Potential in Preußen eine verhältnismäßig bescheidenen Ausmaßes ist und daß die Feindmächte ganz recht hatten, als sie feinerzeit darauf verzichteten, Deutschland außerhalb Obersteilens einen Minderheitenschutzvertrag aufzuerlegen. Die Schulmöglichkeiten der Minderheit selbst haben heute im wesentlichen erschöpft. Noch mehr: Ein erheblicher Teil der bereits bestehenden Schulen hat sich als lebensunfähig erwiesen. In den meisten Minderheitenschulen gibt die Zahl der Schüler z. B. in die Schülerzahl von 80 auf 40 gesunken. Man hat den Eindruck, daß die Führer der polnischen Minderheit ihre Schulen nur noch deshalb aufrecht erhalten, weil sie sich scheuen, den Verschlag ihrer Bemühungen einzugehen, und daß sie nur auf eine Gelegenheit warten, sich „mit Ausland“ aus dieser künftigen Krise zu ziehen. Denn auch der verbleibende Anteil im polnischen Minderheitsgebiet kann sich auf die Dauer nicht der Einsicht verschließen, daß es sich nicht lohnt, mit großem Aufwand Schulen von zweifelhaftem Wert zu erhalten. Die Führer der polnischen Minderheit mögen feinerzeit, als sie ihr nationales Schulwesen anzufangen begannen, von der Annahme ausgegangen zu sein, daß das deutsche Staatsgebiet polnischer Volks- und Kulturboden sei, der mit Zeitigkeit vom „deutschen Sines“ befreit werden könne. Wenn sie damals wirklich so viele ihre eigene Propagandaarbeit geleistet haben sollten, dann haben sie in den 3½ Jahren ihrer Schulpolitik auf Grund der gesetzlichen Verordnung genügend Gelegenheit gehabt, sich von ihrem Irrtum zu überzeugen. Schließlich sieht es mit der polnischen Minderheit auch in wirtschaftlicher Hinsicht nicht zum Besten, seitdem infolge der durchgeführten Sparmaßnahmen die gewonnenen Aufträge aus Polen ausbleiben. Auch

in Deutschland neue, aufbauende Kraft zu führen zu können. Am deutlichsten ist der Zerfall der polnischen Minderheit während der letzten Monate auf politischem Gebiet in Erscheinung getreten. Bei den preußischen Landtagswahlen vom April und noch mehr bei der Reichstagswahl vom Juli dieses Jahres hat die „Polnisch-katholische Volkspartei“ unerwartet schwere Niederlagen erlitten. Von den 72 000 Stimmen, die sie im Jahre 1928 erzielt hatte, sind nur noch 37 000 bzw. 33 000 Stimmen übrig geblieben. Dieser Rückgang ist um so bemerkenswerter, als der polnischen Minderheit seit dem Inkrafttreten der preußischen Minderheitenschutzverordnung vom Dezember 1928 auf kulturellem Gebiet alle Entlastungsmöglichkeiten gegeben sind, die eine Stärkung und Festigung auch auf politischem Gebiet gewährleisten sollten. Bei aller begründeten Kritik, die an ihr geübt werden muß, hat die Schulverordnung (wenn man so will) doch auch ihr Gutes gebracht. Sie hat die kulturelle Belanglosigkeit der polnischen Minderheit in Preußen bewiesen, denn



Prof. Dr. Kaemmerer.  
(Zerst. siehe Seite 104.)

Der „Ostdeutsche Heimatkalender“ für 1933 ist erschienen!  
(Bestellt ihn sofort, Bestellschein Seite 307.)

ist die Wirtschaftskrise in Deutschland naturgemäß auch an den Angehörigen der Minderheit und ihren Sinnesinstituten, dem Volkswesen und dem Juris, fortwährend vorübergegangen. Die noch vor einigen Monaten hoffnungsvoll angekündigten Bestrebungen zur Schaffung eines zentralen Bankinstitutes der polnischen Minderheit sind offenbar im Sande verlaufen. Die polnische Volksbank in Beuthen ist in Schwierigkeiten geraten. Die Majarsche Volksbank in Orlowitz ist zwar noch der „Polka Jahodnia“ nicht in Konkurs gegangen, sondern hat sich mit der Volksbank in Allenstein, die glücklicherweise nicht mehr ganz sicher zu sein scheint, fusioniert; doch plagen dieselben Fusionen recht häufig nur den Schein zur Veränderung des sonst unermesslichen finanziellen Finanzgrundes.

Es merkt sich die polnische Minderheitsführer der Schwäche ihrer Position bewußt, wenn so stärker wird ihr Bedürfnis, von sich reden zu machen. Sie treten bei den kommenden Reichstagswahlen wieder mit einer eigenen Liste auf, aber nicht deshalb, weil sie vielleicht die Hoffnung haben, auf diesem Wege ihre drei Hauptziele, das polnische Institut Oppeln, das polnische Gymnasium in Beuthen und die polnische geistliche Akademie in Oberbröheln, erreichen zu können, sondern weil sie befürchten, daß ihnen nach den Verträgen vom April und Juli dieses Jahres eine Nichtbeteiligung an dem neuen Wahlgange als ein Eingeständnis mangelnder Existenzberechtigung angesehen werden könnte. Auf dem Reichstagskongress des polnischen Zentralauswahlschusses vom 2. Oktober: „Wir müssen vor der ganzen Welt bekunden, daß wir da sind.“ Dieser Wunsch, zu zeigen, „daß sie da sind“, hat die Führer der polnischen Minderheit auch dazu veranlaßt, sich mit einer Reihe von Beschwerden über an-

gebliche Mängel der preussischen Minderheitenpolitik an das Forum des Reichstages zu wenden. Sie haben sich in diesen Eingaben bei weichenweise nicht auf die Darstellung angeblicher deutscher Verträge gegen das im oberbröhelischen Wahlbezirk geltende Genfer Abkommen beschränkt, sondern sich auch über allerlei belanglose und längst beigelegte „Zwischenfälle“ beklagt, die sich außerhalb des Geltungsbereichs dieses Abkommens ereignet haben und die da Deutschland keinem Minderheitsvertragspartner unterliegt, dem Volkerrand gar nichts angehen. Dabei muß folgendes festgehalten werden: Es hat in den letzten 3½ Jahren kaum einen polnischen Minderheitskandidaten in Preußen gegeben, der nicht in direktem Zusammenhang mit dem durch die preussische Minderheitspolitik hervorgerufenen Verdrängungserfolg polnischen Schulmeistern steht. Der „Soll Oslambometou“, bei dem die Polen aus einem Propagandamittel des „Stahlheim“ einen „überfall auf ein polnisches Kinderfest“ konstruierten, der „Soll Wobno“, bei dem sich majarsche Bauern gegen die Methoden der polnischen Schulagenten auflehnten, der „Soll Nikolajken“, bei dem polnische Lehrer ihrer eigene Schule verließen und dann besetzten, deutsche Schloßtrupps seien die Leiter gewesen und manche ähnliche „Fälle“, mit denen die polnische Presse jetzt ihre heftigste Propaganda betreibt, wären nicht entstanden, wenn die frühere preussische Regierung polnische Minderheiten nicht in unangenehmer Weise zurückgelassen hätte, durch ein Schulsystem, das materiell und personell eine künstliche Schöpfung darstellt, Unfrieden und irrendenfalls Propaganda in die preussischen Ostkreise zu tragen.

Dr. K.

## Vorerst kein polnisches Gymnasium in Beuthen.

Anfang Oktober sollte in Beuthen ein polnisches Privatschulgymnasium eröffnet werden. In diesem Zweck ist das Gebäude „Kotkow“, das im vorigen Jahre eingeweihten „Deutscher Polentales“, umgebaut worden; daneben haben die Polen zunächst für fünf Jahre eine Villa gepachtet, die als Internat für die auswärtigen Schüler und als Wohnstätte für die sämtlich aus Polen herangezogenen Professoren dienen soll. Am 5. Oktober ist dem Polenbund jedoch von der zuständigen preussischen Stelle mitgeteilt worden, daß die Eröffnung des Gymnasiums vorerst nicht möglich ist, da die nach der Genfer Konvention notwendigen Voraussetzungen noch nicht vorliegen. Der Landesoberste Schulleiter des Polenbundes hat dem Generalkonferenz des Volkerrandes eine telegraphische Mitteilung gerichtet, in der es heißt: „Die polnische Minderheit in Deutschbröheln ist darangekommen, ein polnisches Privatschulgymnasium im Einklang mit Artikel 97 der Genfer Konvention zu organisieren. Es sind alle Arbeiten durchgeführt worden, die zur Eröffnung des Gymnasiums Anfang Oktober notwendig sind. Das Gebäude würde den Anforderungen der deutschen Behörden entsprechen, das Lehrprogramm und eine vollständige Liste des Lehrkörpers sind den Behörden vorgelegt worden. 100 Schüler, die bisher in „Polentalesbröheln, vorwiegend in Rudinitz, Unterricht erhielten, sind jetzt ohne Unterricht und warten auf die Eröffnung des Gymnasiums. . .“ (Das Rudnitzer Gymnasium wurde im Juli geschlossen.) Schließlich wird in der Bescherde der Volkerrand um Unterstützung bei den Bemühungen des Polenbundes um Erlangung der Schulkonvention vor Beendigung der Ferien, d. h. vor dem 12. Oktober, gebeten.

Mit dem Gymnasium in Beuthen möchte die polnische Minderheit ihrem in den letzten Jahren errichteten Elementar-Schulsystem eine Oberstufe zufügen. Merkwürdig mutet es dabei an, daß bei der Eröffnung dieses Gymnasiums gerade in einer Zeit beitrifft, die der Volkerrand schon längst als „Polentalesbröheln“ bezeichnet hat, und doch in Beuthen, das bisher in „Polentalesbröheln“ bezeichnet wurde, ein polnisches Privatschulgymnasium nur um eine künstliche Schöpfung handeln, die mehr propagandabildlichen Zwecken dient, als ein wirklich vorhandenes Bedürfnis befriedigt. Man sollte meinen, daß die polnische Minderheit alles daransetzt, die hier ein einziges Gymnasium zu einer vorbildlichen Bildungsstätte zu errichten, die in Beuthen zu entstehen, und daß sie dabei besondere Sorgfalt auf die Auswahl der vorzustellenden Lehrkräfte verwendet. Das scheint jedoch nicht der Fall zu sein: Als Direktor des Gymnasiums ist nämlich ein Mann in Aussicht genommen, der nur in einem einzigen Fache, nämlich in Geographie, die Lehrbefähigung besitzt und somit nach deutschen Vorstellungen keineswegs zur Leitung eines Gymnasiums humanistischer Art geeignet erscheint. Weiter ist zur Erteilung des Patentes an der Spitze des polnischen Gymnasiums ein Mann vorgeschlagen, der wie die „Ostdeutsche Morgenpost“ schreibt, von der „Polener Prüfungskommission ausgesprochen in Deutsch die Note „Ungeeignet“ erhalten hat. Es sieht fast so aus, als ob die Schüler des geplanten polnischen Gymnasiums die deutsche Sprache besser beherrschen als der Lehrer, der sie ihnen beibringen soll. Sicher ist jedenfalls, daß ein Teil der in Frage kommenden Schüler besser deutsch als polnisch spricht.

Der polnische Schulverein hatte den Antrag auf Eröffnung des Gymnasiums bei der Obersten Regierung am 1. August d. J. gestellt. Nach den trübten Erfahrungen, die Deutschland nach den Polen importierten nationalpolnischen Lehrkräften in polnischer Hinsicht gemacht hat, sehen sich die Behörden natürlich genötigt, vor Erteilung der Konzession gewissenhaft zu prüfen, ob diese Lehrkräfte die Gewähr einer loyalen Berufsausübung bieten. Ebenso sind die vorgeschlagenen Lehrkräfte darauf zu prüfen, ob sie nichts Deutschland Schädigendes

oder Herabsetzendes enthalten. Unter diesen Umständen ist mit der Eröffnung des Gymnasiums nicht vor dem 1. April nächsten Jahres zu rechnen, zumal der polnische Schulverein bisher noch nicht einmal den notwendigen Antrag auf baupolizeiliche Abnahme des umgebauten „Kotkow“-Gebäudes gestellt hat. Bei der Prüfung der polnischen Anträge auf Eröffnung des Gymnasiums wird u. a. auch der Artikel 14 des Schulprotokolls zum Genfer Abkommen zu beachten sein. Dieser Artikel legt fest, daß die Bestimmungen des Abkommens über das mittlere und höhere Schulwesen (Artikel 116–150) unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit vereinbart sind. Deutschland ist also berechtigt, bei der Errichtung des Beuthener Polen-Gymnasiums dieselben Einschränkungen zu machen, die Polen seinerseits bei den entsprechenden Schulen der deutschen Minderheit in Oberbröheln für angeordnet hält. Das ist z. B. hinsichtlich der Lehrkräfte und Beurlaubungen. In den höheren Schulen der deutschen Minderheit in Oberbröheln muß nach polnischer Bestimmung der Leiter ein Staatspolizeiführer und dürfen die Gefinnungsführer (Deutsch, Religion, Geschichte und Geographie) nur von polnischen Staatsangehörigen gegeben werden. Dieselbe polnische Praxis auch bei Beuthen zu vertragen, würde bedeuten, daß von dem fünf für dieses Gymnasium benannter Lehrer, nicht in Frage kämen, weil sie nicht deutsche Staatsangehörige sind. Einen Anspruch auf Errichtung einer öffentlichen höheren Schule besitzt die polnische Minderheit nicht. Denn eine öffentliche höhere Schule mit der Minderheitssprache als Unterrichtssprache ist Deutschland nach dem Artikel 118 der Genfer Konvention nur an den Orten, in denen eine höhere staatliche bzw. kommunale Schule mit deutscher Unterrichtssprache besteht, zu errichten verpflichtet, wenn ein von den Erziehungsbehörden mit nicht mehr als 300 Schülern unterhaltener Antrag vorliegt. Diese Voraussetzung ist für die polnische Minderheit nicht gegeben. Es bleibt ihr also nur die Möglichkeit, eine private höhere Schule zu gründen, bei der die Behörden nicht das Recht haben, die Erteilung der Konzession von dem Nachweis eines Bedürfnisses abhängig zu machen.

Im Artikel 98 wird dann weiter bestimmt, daß die Behörden den Vertrieb einer Privatschule oder Privaterziehungsanstalt erlauben müssen, wenn eine Reihe von Bedingungen erfüllt sind, wenn nämlich erstens die für die Sicherheit der Kinder erforderlichen (baulichen und moralischen) Vorschriften erfüllt sind, wenn zweitens die Lehrer die Lehrbefähigung in einem der beiden Staaten besitzen, in dem betreffenden Staatsgebiet wohnen (ohne daß sie dessen Staatsangehörigkeit zu besitzen brauchen) und ihren Beruf nicht zu staatsfeindlicher Tätigkeit mißbrauchen. Nach Artikel 101 darf der Besizer einer polnischen Privatschule im deutschen Wahlbezirk nicht in dem dort wohnenden polnischen Staatsangehörigen nicht vorleben werden. Die Privatschule kann also nicht nur von polnischen Minderheitsangehörigen, sondern auch von polnischen Staatsangehörigen, die jedoch in „Polentalesbröheln“ anässig sein müssen, besetzt werden. Die Polen scheinen jedoch die Absicht zu haben, auch Schüler, die nicht der Minderheit angehören, aus Oberbröheln zum Besuch ihrer Beuthener Gymnasiums heranzuziehen.

### Keine polnischen Sachverständigen mehr.

Wie der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsermittlung und Arbeitslosenversicherung berichtet, konnten in diesem Jahre ausländische Landarbeiter durch einheimische Arbeitskräfte ersetzt werden. Nach Mitteilung der Landesobersteamer besteht noch heute ein Überfluß sowohl an einheimischen Landarbeitern als auch an berufsständigen Arbeitskräften, die für eine Arbeit in der Landwirtschaft geeignet sind.

## Der „Ostdeutsche Heimatkalender“ für 1933

bringt in Wort und Bild interessantes lehrreiches Material über Land und Leute der Ostmark; er klärt über die Geschichte des Ostens und seine Bedeutung für unser Vaterland in überzeugender Weise auf, behandelt die deutsche Kultur, den Ostens und die Willen des deutschen Volkstums. Er bietet außerdem ein reichhaltiges Unterhaltungsstoff in bester Form. Als willkommenes Werbemittel für den deutschen Osten

ist er in hervorragendem Maße geeignet. Bestellungen sind sofort an die Kulturabteilung des Deutschen Ostbundes zu richten. (Postfachkonto Berlin 104 726.) Preis für Nichtmitglieder nur 1,50 RM., für Ostbündler nur 1,20 RM., zuzüglich 5 Pf. Spesenbeitrag. Die Ostgruppen erhalten bei Sammelbestellungen erhebliche Preisermäßigungen.

## Der Minderheitenschutz vor dem Völkerbund.

In der Politischen Kommission der Völkerbundversammlung hat der deutsche Delegierte, Gesandter von Rosenberg erneut die Ausgestaltung des Minderheitenschutzverfahrens gefordert, das bis bisher in keiner Weise bewährt hat. Die Gründe für das Versagen des Genfer Minderheitenschutzgesetzes liegen nach den Ausführungen des deutschen Vertreters 1. darin, daß die beschwerdeführende Minderheit nicht selbst gehört wird; 2. in der Schwermäßigkeit des Selbstschutzes und 3. in der durch ein Verlangen der beklagten Regierung leicht herbeizuführenden Ausschaltung der Öffentlichkeit. Der deutsche Delegierte setzte sich für die Bestimmung eines Ständigen Minderheitsausschusses ein, dessen Mitglieder aus Staaten genommen werden sollen, die nicht an der Minderheitenfrage unmittelbar interessiert sind. Die einzige Sorge des deutschen Vorklages war ein Verzicht, in dem der Delegierte Litauens als Berichterstatter die von den verschiedenen Staaten vorgeschlagenen Anregungen zur Ausgestaltung des Minderheitenschutzgesetzes zusammenfaßt. Besonders hervorzuheben ist, daß der Bericht die Schaffung eines länderigen Minderheitsausschusses beim Völkerbund vorschlägt, von dem vorerst keine Ausdehnung des Minderheitenschutzes auf alle Minderheiten abhängig macht. Man kann schwer verstehen, warum der deutsche Delegierte diesem Vorschlag zugestimmt hat. Es ist nämlich eine alte Forderung der Polen, daß die Minderheitenschutzbestimmungen, die ihnen von den Westmächten auf Grund des Art. 93 des Versailler Vertrages durch den Minderheitenschutzvertrag vom 28. Juni 1919 aufzuerlegt worden sind, auch auf Deutschland ausgedehnt werden. Sie vertreten dabei, was das selbstständig über Stanislaus Stronkowski im „Kurier Poyomski“ getan hat, die These, daß Deutschland sich in seiner am 29. Mai 1919 an die Diktatorkonferenz gerichteten Note verpflichtet habe, bei sich

den Minderheiten dieselbe Sicherheit zu gewähren, die der deutschen Minderheit in Polen anstünde. Von einer solchen Verpflichtung ist gar keine Rede. Denn die Note, auf die sich Stronkowski bezieht, enthält die deutschen Gegenforderungen zu den Friedensbedingungen der Segner; sie ist kein formgerechtes Vertragsangebot von deutscher Seite gewesen. Wenn Stronkowski behauptet, daß die in dieser Note enthaltene Bereitschaftserklärung Deutschlands, die fremdsprachigen Minderheiten auf seinem Gebiete nach dem gleichen Grundsatze zu behandeln, eine bindende deutsche Verpflichtung darstelle, dann müßte er auch zeigen, daß die polnischen anderen Verpflichtung, die Deutschland in dieser letzten Note gemacht hat, gleichfalls bindendes Recht sind, daß also 1. u. a. auch die in dieser Note geforderte Volksabstimmung für alle abzutretenden Gebiete und die deutsche Weigerung, die Provinz Westpreußen und die nördlichen und westlichen Kreise der Provinz Polen aus ihrem Staatsverband zu entlassen, eine vertragliche Bindung darstellen. Will Stronkowski aus seiner These etwas eine derartige Folgerung ziehen? Es bleibt also dabei, daß Deutschland hinsichtlich des Schutzes der nationalen Minderheiten seines Gebietes keinerlei Verpflichtungen aufzuerlegt worden sind. Lediglich in Bereich des oberhalbstehenden Abstimmungsgebietes gelten die in die Minderheitenschutzbestimmungen des Genfer Abkommens von 1922. Was Deutschland bzw. Preußen außerhalb dieses Gebietes an Maßnahmen zur Förderung und zum Schutze der Minderheiten durchgeführt hat, ist freiwillig geschehen, und keine internationale Instanz hat das Recht, gegen einen etwaigen Abbau dieser Maßnahmen, der sich als notwendig und ratsam erweisen sollte, Befehrmäße zu führen. Bei dieser Sachlage kann man die Zustimmung des deutschen Regierungsrates zu dem Bericht, der die Ausdehnung des internationalen Schutzes der Minderheiten auf alle Staaten anregt, nur als eine Verschlechterung der deutschen Position in der Minderheitenfrage bezeichnen.

## Die deutsche Schulnot in Polen.

Die „Deutsche Rundschau“ in Bromberg veröffentlichte am 4. Oktober einen Artikel über die Zerstörung des deutschen Schulwesens in Pommern, in dem sie einen zusammenfassenden Überblick über die neuesten polnischen Maßnahmen gegen die deutschen Schulen in Dirschau, Konitz, Mewe und Graudenz gab. Dem Bericht entnehmen wir folgende Einzelheiten:

Am 29. September wurde dem Deutschen Schulverein in Dirschau ein Verbot des Kuratoriums vom 19. September mitgeteilt, in dem die Erteilung einer Genehmigung für die Errichtung einer privaten deutschen Volksschule in den Räumen des liquidierten deutschen Progymnasiums mit der Begründung verweigert wurde, daß diese Räume für den Schulgebrauch nicht geeignet sind. Zu der Geschichte der Dirschauer Schultragödie ist folgendes zu bemerken: Am Beginn des Jahres 1931 gab der bisherige Leiter und Konzeptionsinhaber des deutschen Progymnasiums seinen Rücktritt bekannt. Sein Nachfolger, der sofort bestellt wurde, reichte umgehend einen Konzeptionsantrag ein, der erst kurz vor Beginn des neuen Schuljahres (September 1931) mit der Begründung abgelehnt wurde, daß die Räume des Progymnasiums nicht ausreichten, obwohl der Dirschauer Schulverein mit großen Kosten allen baulichen Forderungen, die vorher gestellt worden waren, entsprochen und überdies den Plan zu einem Schulneubau vorgelegt hatte. Dieser Plan ist jetzt am 3. Oktober abgelehnt worden mit der Begründung, daß — die Klassenräume nicht groß genug bemessen seien. Das Dirschauer Progymnasium wurde am 2. September 1931 geschlossen. Seitdem sind die 142 Schüler der Anzahl eines verzeigten Schulunterrichts. Alle Bestimmungen, die erteilt wurden, sind, wie erwähnt, der Anfang Februar 1932 eingereichte Antrag auf Errichtung einer siebenklassigen deutschen Volksschule der Ablehnung verfallen. Die Begründung dieser Ablehnung, daß nämlich die Räume „nicht ausreichend“ seien, erfolgt eine eigenartige Beleuchtung durch die Tatsache, daß der Dirschauer Magistrat die gleichen Räume, die für die deutsche Schule nicht mehr geeignet sein sollen, einer polnischen Handwerkerlehre überlassen hat, wobei man auf polnischer Seite anmerken kann, daß die dortigen baulichen Vorarbeiten zum Kuratorium aus gegen eine polnische Schule ins Treffen geführt werden könnten.

Auch in Konitz gab es — ebenso wie in Dirschau — ein deutsches Progymnasium, das heute nicht mehr besteht. Als am 23. März 1932 der langjährige Rektor und Konzeptionsinhaber dieser Schule gestorben war, reichte der vom Deutschen Schulverein in Konitz ernannte Nachfolger einen Konzeptionsantrag ein, der bisher noch nicht erledigt wurde. Die Schule, die noch 163 Schüler

zählt, wurde geschlossen, trotzdem der Schulverein freiwillig einen Erweiterungsbau angemeldet hatte. Die einseitige Weiterführung der Schule wurde mit der Begründung verweigert, daß das Gesetz keine Sanctions dafür biete.

In Mewe hat die deutsche Minderheit im letzten Jahre ein neues Schulgebäude errichtet, das aber nicht benutzt werden darf, trotzdem es allen Anforderungen genügt. Das Kuratorium lehnt nämlich die Errichtung der Schule ab, solange kein Schulhaus besteht, und die Verwaltungsbehörde wiederum verweigert dem in jeder Hinsicht einwandfreien Gebäude die Anerkennung als Schulhaus, solange die Schule noch nicht genehmigt wurde!

In Chorn sind die Schulgebäude nicht ideal. Das gilt übrigens nicht allein für die deutschen, sondern auch für die polnischen Schulen. Aber die polnischen Schulen haben wenigstens polnische Lehrer, während die deutschen Lehrer der deutschen Schulen fast ausschließlich werden. Das heißt die deutsche Gymnazial in Chorn, das einzige in seiner Art in Pommern, das aus staatlichen Mitteln unterhalten wird, hat mit Beginn des Schuljahres drei deutsche Lehrer, darunter den Direktor, durch Entlassung verloren. Von elf Lehrkräften unterrichten jetzt nur noch vier deutsche Lehrer an dieser Anstalt, deren Entlassung man von polnischer Seite in Chorn oft und gern als besonderen Coltranzismus hinstellen behauptet.

Und nun zu Graudenz. Hier steht die herrlich ausgestattete Goethe- und die Hirschengasse auf am liebsten polnischen Jungs in Polen kaum haben dürfte. Sie war die einzige private deutsche Schule Polens und Pommerns, das das Öffentlichkeitsrecht zugestanden hatte, die einzige deutsche Mittelschule also im ehemals preussischen Gebiet. Die hinsichtlich der Prüfungen wirklich gleichberechtigt war. (Die Abiturienten der anderen Anstalten müssen sich der erformierten Extranot-Prüfung unterziehen.) Raum fand die wozum und schlußschlußlosen Denkmäler vorliegen, die unter dem Staat für die Gleichberechtigung der Einwohnern der Goethe-Schule ausgesprochen hat, da wird dieser das Öffentlichkeitsrecht nicht wieder entzogen, ohne daß sich vorher Schulleitung und Schulverein gegen den Vorwurf verteidigen könnten, daß sie Einflüssen von „dritter Seite“, gemeint ist natürlich Deutschland, zugänglich gewesen seien!

Wir Deutschen haben den Schaden, so schließt die „Deutsche Rundschau“, aber das polnische Volk hat keinen Nutzen davon.

# Danzig in Not.

## Was kostet Sdgingen?

Die politische Regierung hat kürzlich mit dem belgisch-französischen Bankkonkordat, das seit 1924 den Hafen von Sdgingen mit Hilfe der Danziger Bankiers Poljadow u. Schouly baut, den dritten Vertrag geschlossen, den vierten Bauvertrag abgeschlossen, mit dem der Bau von Sdgingen seinen Abschluß finden soll. Der erste Bauvertrag wurde am 1. Juli 1924 abgeschlossen, der Bau begann etwa Ende August 1924, j. doch jetzt gerade eine Baupause von etwa acht Jahren beendet ist. Es folgte schon 1928 ein Zulassungsvertrag für den Bau eines südlichen Hafenteils, dann 1929 ein weiterer über den zweiten Bauabschnitt für den Bau des Industrietraikons und des zweiten inneren Hafenteils und schließlich jetzt der dritte Bauabschnitt für einen Vertrag von 27 Mill. \$., der die Herstellung einer großen Schauhalle und den weiteren Ausbau des inneren Hafens mit mind. 50 Mill. des Straßens verfehlt. Der erste Bauabschnitt ist 1931 beendet worden, der zweite wird im nächsten Jahr und der letzte 1935 beendet sein, so daß sich eine Baupause von insgesamt elf Jahren ergeben würde, während die gesamten Baukosten für die Hafenanbauten sich auf 165 Mill. \$. oder über 80 Mill. R.M. belaufen werden. Dabei sind aber die gesamten Kosten für die Bauanlagen, die auch noch ungefähr 50 Mill. \$., betragen, die Kosten für das Külbau, für die Speicher und Kräne mit mind. 55 Mill. \$., ein Teil der Kosten für kleinere Einzelanlagen im Hafen, die Kosten für das Auswandererlager, für die staatlichen Schlepper und manches andere nicht mitgerechnet. Auch an privaten Bauten nur für den Hafeneckerb (zwei Privatpforten) sind etwa 10 Mill. \$. aufgewendet worden. Rechnet man dieses alles zusammen, so ergibt sich eine Gesamtsumme von etwa 300 Mill. \$.. Zu den Kosten für Sdgingen muß man aber auch noch die Baukosten für die Eisenbahnlinie Oberrhein—Sdgingen hinzurechnen, so daß man schon zu einer halben Milliarde \$., kommt. Ob damit aber alle Kosten für den Ausbau bis zum Schluß erschöpft sind, erscheint mind. fraglich. So will man jetzt noch wieder den Passagierbahnhof am Hafen bauen, man will einen beladenen Soljehafen einrichten usw., so daß leicht noch 20 bis 30 Mill. \$., hinzukommen. Schließlich muß man zu Sdgingen auch noch die polnische Staatsbahndienstleistungen rechnen, die bisher über 100 Mill. \$. gekostet hat und dauernd immer vergrößert, da sie mit Verlust arbeitet, während man bei Benutzung fremder Schiffe diese ganz wohl erprobt hätte. So stellt sich der Verlust mit Sdgingen, der ja auf die Dauer doch kein Erfolg sein kann, auf reichlich 650 Mill. \$., die man selbst hätte erpaten können. Für diese 650 Mill. \$., die nicht eine Mütze des Serbians, wohl aber politischen Unfrieden und wirtschaftliche Rückgänge gebracht haben, und von denen ein großer Teil für Hafenanbauten, Maschinen und Schiffe an das Ausland gegangen ist, hätte man den ganzen Weichselausbau auch in zehn bis fünfzehn Jahren durchzuführen können, wenn man sich gegen für das ganze Bauwerk schafften können. Rannenswerten Nutzen haben diese 650 Mill. bisher nicht gebracht, denn Sdgingen hat nur einen schon vorhandenen Handel auf teuren und schlechteren Wege abgeleitet, hat Danzig selbständig, aber Polen nichts genützt.

## Die Entwicklung des Danziger Güterumschlags.

Wohin in der Vorkriegszeit der Hafeneckerb in Danzig gegenüber dem Jahre 1912 eine Zunahme erfahren hat, ist unbestritten; allerdings ist das Anwachsen des Danziger Seehafens nicht mit einer entsprechenden Entwicklung der Danziger Wirtschaft identisch, wie es die Polenpropaganda im Ausland so gern behauptet. Der weitest größte Teil des in der Vorkriegszeit über den Danziger Hafen gegangenen Warenverkehrs ist lediglich Durchgangsgüterverkehr gewesen, der sich heute nur in sehr geringem Maße durch den Export von Getreide und Import von Rohstoffen verfolgen hat. Allen die Statistik, daß seit 1926, dem Jahre des Ausbruchs des englischen Bergarbeiterstreiks, die Kohle das Volumen des Danziger seewärtigen Warenverkehrs beherrscht, kennzeichnet den Weg, den der Danziger Hafen nach dem Kriege genommen hat. Von den im Jahre 1931 über den Danziger Hafen insgesamt gegangenen 83 Mill. Co. entfielen nicht weniger als 57 Mill. Co. auf die Ausfuhr von Kohle. Nicht man die verhältnismäßige Minderzahl von Gesamtumschlagens des Danziger Hafens ist, so liegt die Verantwortung auf dem Warenverkehr über den Danziger Hafen im Jahre 1931 nur wenig größer gewesen ist als im Durchschnitt der letzten drei Vorkriegsjahre. Während bisher durch das Ansteigen des Kohleexports über Danzig mengenmäßig ein Ausblick für den Rückgang des Umschlages wertvoller Warenartungen im Danziger Hafen geschaffen wurde, bedeutet die Entwicklung des Danziger Hafens im 1. Halbjahr 1932 auch in dieser Beziehung einen Rückschritt. Durch die Vertreibung des englischen Frachtes hat Polen einen wesentlichen Teil seines bisher noch den skandinavischen und den baltischen Märkten gegangenen Kohleexports verloren. In den ersten sechs Monaten 1932 ist der seewärtige Kohleumschlag über Danzig um rund 1,1 Mill. Co. geringer gewesen als in der gleichen Zeit des vergangenen Jahres. Unter diesen Umständen ist auf den bisherigen vermehrten Rückgang des Waren-

verkehrs über Danzig nun auch ein besorgniserregender Rückgang der Warenungen einzutreten. Es liegt auf der Hand, daß die Ursachen für diese Entwicklung des Danziger Hafens in erster Linie in der Konkurrenz Sdgingens gegen Danzig zu suchen sind. Die polnische Außenhandelspolitik läßt ohne weiteres erkennen, daß Polen gewillt ist, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln den Hafen von Sdgingen auch dann in den polnischen Außenhandel einzuführen, wenn diese Einfuhr zu einem Überfluß für den Danziger Hafen führen muß. Nachdem während der letzten 2 Jahre der stetige des Warenverkehrs über die Danzig-polnische Seegrenze ausschließlich dem Hafen von Sdgingen zugute gekommen ist, zeigt die polnische Sdgingen-Politik nunmehr die Tendenz, den Rückgang des Warenverkehrs über die Danzig-polnische Seegrenze ausschließlich auf Kosten des Danziger Hafens gehen zu lassen. Die beigefügten statistischen Angaben über den Warenverkehr über die Danziger Hafen ohne weiteres erkennen.

## Der seewärtige Warenverkehr Danzigs in Co.

	Einfuhr	Ausfuhr	zusammen
1. Halbjahr 1930	514 925,9	3 347 324,6	3 862 250,5
1. Halbjahr 1931	349 868,9	3 536 851,0	3 886 719,9
1. Halbjahr 1932	183 394,0	3 283 945,6	2 907 339,6

## Der seewärtige Warenverkehr Sdgingens in Co.

	Einfuhr	Ausfuhr	zusammen
1. Halbjahr 1930	202 365	1 404 454	1 606 817
1. Halbjahr 1931	273 607	2 292 169	2 295 776
1. Halbjahr 1932	121 038	2 058 960	2 179 998

## Der Anteil der Häfen Danzig und Sdgingen am gesamten über die Danzig-polnische Seegrenze gegangenen Warenverkehr

	Danzig	Sdgingen
1. Halbjahr 1930	70,2	29,8
1. Halbjahr 1931	62,9	37,1
1. Halbjahr 1932	53,5	46,5

Diese Konkurrenz Sdgingens gegen Danzig bedeutet für den Danziger Hafen eine um so größere Gefahr, da Sdgingen der Sitzeshafen Polens, Danzig jedoch ein nach privatrechtlichen Grundsätzen betriebener Hafen ist. Während der Ausbau von Sdgingen aus Mitteln des polnischen Staatsbausfonds finanziert worden ist, hat die Verwallung des Danziger Hafens die Erhöhung seiner Vermögenslastigkeit durch Mittel erzielt, die auf dem Einbehalten der Hafengebühren, dem Verkauf von Gütern und von den Millionen Danziger Gulden in den Ausbau des Hafens von Danzig hineingefloßt worden mit dem Ergebnis, daß die Annahme des Danziger Hafens infolge der Maßnahmen der polnischen Regierung in erheblicherer Weise gefährdet wird. Während die Verwallung des Danziger Hafens sich an die ihr im Pariser Vertrag vom 8. November 1920 aufgestellten Verpflichtungen gehalten und den Danziger Hafen in dem Umfang ausgebaut und verbessert hat, der den Erfordernissen der seewärtigen Ein- und Ausfuhr Polens entspricht, hat die polnische Regierung sich der ihr durch die Aufschreibung des Hafens Kommissars vom 15. August 1921 auferlegten Pflicht zur vollen Ausnutzung des Danziger Hafens entzogen. Diese Pflichterfüllung ist Polen im Mai d. J. im Völkerbundrat grundsätzlich und im September d. J. von dem Sachverständigenausschuß des Völkerbundes in einzelnen nachgeordneten Punkten.

Man verweise mit dieser Entwicklung des Danziger Hafens, die sich in den erarbeiteten Sdgingen ausdrückt, die Werte, mit denen am 15. Februar 1920 der provisorische Hohe Kommissar des Völkerbundes, Sir Reginald Comer, sein Amt übernahm: Er versprach, daß die Zukunft „einen neuen glänzenden Abschnitt in der Geschichte Danzigs eröffnen werde und daß die alte und berühmte Stadt durch eine Auffrischung des Handelsverkehrs in ihrem vorstehenden Hafen sich zu ungeahnter Größe erheben werde. . . .“ Und am 15. November 1920 hob der Vertreter Comers, der englische Oberst Strutt, die Verantwortung mit der er die Seite Stadt konstituierte, mit folgenden Worten: „Und jetzt spreche ich als Soldat zu Soldaten, denn fast alle von Ihnen sind Soldat gewesen, Soldaten der größten und bedeutendsten Armee, die die Welt jemals gesehen hat: Die Welt braucht Frieden. Möge Danzig und Polen dem östlichen Europa darin ein Beispiel sein. Beide Völker mögen glücklich und zufrieden nebeneinander leben, wachsen und gedeihen, durch gegenseitiges Vertrauen und Freundschaft bei geselliger Unterstützung. Wenn man heute, nach zwölf Jahren, solche Worte wieder einmal hört, kann man sie — verglichen mit der Wirklichkeit — wie bitterer Hören. Wo ist „die glänzende Zukunft“ geblieben, die Comer der Freien Stadt vorausgesagt hat? Und was ist aus der Freundschaft, dem Frieden und der gegenseitigen Unterstützung geworden, zu der Strutt die beiden Parteien ermahnt hat?

## Ein polnisches Verkehrsbiro in Prag.

Am 1. Oktober ist in Prag ein polnisches Verkehrsbiro eröffnet worden, das eine Vertretung der polnischen Staatsbahn und des Hafens Sdgingen darstellt. Die Aufgabe des Buros ist es, eine Propaganda zu entfalten, die den Transitverkehr von und nach der Eisenbahnlinie von den deutschen Seehäfen ablenken und je auf Sdgingen überleiten helfen soll.

# Die Ofgrenzfrage.

## Achtung, Oflotarno!

An Launne hat die Regierung von Papen feinerzeit eine noch recht unklare, „Lösung der Eritritfrage“ erjert. Man geht wohl mit der Annahme nicht fehl, daß zwischen der Zulassung Frankreichs zur Erhaltung des bisherigen Eritritsystems durch eine deutsche Abfolgsabteilung und der merkwürdigen Zurückhaltung der Reichsregierung gegenüber den eitrerischen Plänen der französischen Diplomatie ein verführerischer Zusammenhang besteht. Seitdem sich die deutsche Delegation in Launne bei der Abmahnung über das eitrerische Protokoll der Stimme enthalten hat, läßt die Reichsregierung den notwendigen aktiven Widerstand gegen die nötige Unterwerfung Deutsch-Osterreichs unter das Diktat der Pariser Machthaber vermissen. Von der hoffnungsfreudigen Initiative, mit der vor anderthalb Jahren Schober und Curtius den großdeutschen Gedanken angefaßt haben, ist seit der Launener Konferenz nichts mehr übriggeblieben. Es ist wohl verfehlt, die Schuld an diesem Verfall der deutschen Südpolitik ausschließlich bei dem Wiener Parteilager Franzens zu suchen.

Daran muß man sich erinnern, wenn man die französische Haltung gegenüber dem Vorstoß der Reichsregierung in der Küstungsfrage verstehen will. Was damals in Launne, als von den Eritriten die Rede war, hinsichtlich des Südoftens erreicht worden ist, das soll nach französischem Willen jetzt, bei der Behandlung der deutschen Forderung nach wehrpolitischer Gleichberechtigung, auf den ganzen Osten ausgedehnt werden, d. h. Deutschland gegen ein einziges jugoslawisches mehr oder weniger einheitliches Gebiet auf ein Garantief seiner Ofgrenzen festgelegt werden. Frankreich ist, wie es scheint, auf dem besten Wege, mit einem neuen „Sicherheitsplan“ eine Einheitsfront der Mächte gegen Deutschland zustande zu bringen. Diesem „Sicherheitsplan“ liegt der Gedanke zugrunde, daß Deutschland als Gegenleistung für die Begrenzung und Abschaffung bestimmter Angriffswaffen seitens Frankreichs, unter anderem der Internationalisierung der Stillstandsabfertigung und der Aufrechterhaltung der militärischen Schlimmen des Versailleser Diktates zustimmen und vor allem auf die Revision seiner Ofgrenzen für die Dauer von 10 oder 20 Jahren verzichten soll. Es besteht die Gefahr, daß England, falls Frankreich wirklich einige jugoslawische hinsichtlich seiner eigenen Abriistung lassen sollte, die Ofgrenzenlinie seines Pariser Alliierten unterstützen und daß auch Amerika seinen Einfluß im Sinne eines Oflotarno gegenüber der Reichsregierung ausüben würde. Wenn es tatsächlich zu einem solchen gemeinsamen Vorgehen der Mächte gegen Deutschland kommen sollte, so würde die deutsche Oflotarno ein Diktat einem Drucke ausgesetzt sein, wie er in dieser Stärke seit Versailles kaum mehr ausgeübt worden ist.

## Polens Ansprüche auf deutsches Land.

Unter der Überschrift „Polnische Unzufriedenheit“ gibt Dr. Harns-Brennan in den „Dreiner Nachr.“ (239) einige Beispiele der polnischen Propaganda.

Bekanntlich bringt das Ofland-Justizamt in Danzig fortlaufende Auszüge aus polnischen Büchern, Zeitschriften und Zeitungen. Sie sollten die mehr Beachtung finden als bisher! Die polnische Propaganda arbeitet sicherhaft, ganz besonders geschieht im außerdeutschen Europa und in U.S.-Amerika. Sie trägt keine Bedenken, die Geschichte zu fälschen und die tatsächlichen Verhältnisse der Gegenwart auf den Kopf zu stellen. Im holländischen Überblickungsbild betrachtet Polen den deutschen Osten als sein Recht. Es geht für Deutschland nicht nur um die Wiedergewinnung verlorener, geraubter Gebiete, sondern heute schon um die Erhaltung Ostpreußens und des Ostens überhaupt. Denn die in den folgenden Sätzen enthaltenen Gedanken sind heute Allgemeingut des polnischen Volkes, insbesondere aber der heranwachsenden Jugend.

„Das brautige Pommerellen (ehemaliges Westpreußen) ist voll rein polnisch. Zu ihm gehören noch Oflpomern, Danzig und große Teile Ostpreußens. Die letzte Randverteilung entspricht nicht den natürlichen ethnographischen Verhältnissen.“

„Die Welt muß darüber aufgeklärt werden, daß Polen nichts zurückzugeben hat, weil es niemand etwas abgenommen hat. (1) Der Versailleser Vertrag hat nur teilweise die Rechte Polens wiederhergestellt. Pommerellen und Schlesien sind Polens mächtige Wirtschaftszentren (2), die es wegen ihrer historischen und ethnographischen Berechtigung als auch wegen der wirtschaftlichen Staatsräuberei zurückgeben muß.“

„Der Holstein in Sibirien bedeutet keineswegs eine Grenzabschwächung des Danziger Hafens. Erst jetzt, wenn die zwei Nachbarländer (3) Konkurrenz peracertit sein werden, wenn der polnische Ex- und Importeur freie Wahl haben wird, besitzen wir die Grundlagen für eine gesunde Entwicklung des polnischen Seehandels.“

„Sowohl Oberösterreich als das kleine Stück Kiste sind die Quelle der polnischen Unabhängigkeit, die im 20. Jahrhundert das ganze polnische Volk mit dem Osten in der Hand — ohne Rücksicht auf die Konsequenzen eines neuen Weltbrandes — verteidigen wird.“ (4)

„Das polnische Pommern (soll heißen: den Korridor. Die „Ofland“-Schrift) wollen die Deutschen nur wiederhaben, um eine unkontrollierbare, unmittelbare Verbindung mit Moskau herzustellen, d. h. mit ihren gegenwärtigen militärischen Bundesgenossen, auf dessen Territorien Deutschland die Vorbereitung des neuen

Weltkriegs durchführt! Mitbin ist die Frage des polnischen Pommern nicht nur ein Angelegenheit Polens und Deutschlands, sondern ganz Europas, von der Friede oder Krieg abhängt.“

„Ostpreußen müßte die Punge in dem Organismus des gegenwärtigen Polens sein, nicht aber ein in den Körper Polens eingeborenes Spalter.“ (5) Wenn Ostpreußen ist nach Eorkant und Eboraker eine Kolonie auf fremdem Boden. „Das letzte polnische Volksgeliebte in Ostpreußen nimmt noch immer 11 700 Quadratkilometer, d. h. etwa ein Drittel der Provinz ein. (6) Auf diesem geschlossenen polnischen Gebiet wohnen über 400 000 Polen. (7) Die deutsche Bevölkerung zieht sich aus dieser in fremde Lande eingebauten Kolonie, die sich als verlorene Pflanzung erwiesen hat (8), zurück. Das Blut jenes kleinen und wilden, aber tapferen und die Freiheit nicht verzeigenden, durch die Schwerter der Ordensritter niedergemetelten Stammes der alten Preußen krafft in den Adern der heutigen Führer und nimmt an dem deutschen Volke die gebührende Rache für seine hoffnungslosen Niederlagen und die unergründliche Vernechtung. (9)“

Selbsten Unfina können die Polen nur verzeihen, weil sie nach bekannter Methode die Masuren einfach als Polen bezeichnen — obwohl sie feinerzeit bis auf den letzten Mann sich für Polen befanden und nicht für den Anschluß an Polen entschieden haben.

Dies wenigen Sätze mögen genügen. Sie sollen besonders der deutschen Jugend bekannt machen, daß die polnische Forderung geltend zu machen, einmütig mit Gut und Blut auf dem europäischen Festlande zu kämpfen. Polnische Übermut wird sie dazu zwingen!

## Der Weltfrieden — eine Gefahr für Polen!

Ein polnischer Journalist namens Scherf hat vor kurzem eine Broschüre „Der Weltfrieden“ herausgegeben, die sich mit dem Weltfrieden und dem polnischen Staat befaßt. Auf Seite 19 schreibt er, daß die Lage in Europa so gespannt ist, daß in jedem Augenblicke eine Explosion erfolgen könne. Diese gespannte Lage sichere dem polnischen Staat einen Ehrenplatz unter den Staaten Europas wegen seines militärischen Wertes. Die Kasse, das ist in einem Krieg die polnische Militärmacht eine große Rolle spielen könnte, sei es, was manche andere Staaten verlangen, dem polnischen Staat eine gewisse Achtung entgegenzubringen. „Was aber, so fragt Scherf, werden geschehen, wenn eine Entspannung der europäischen Lage eintritt? In diesem Falle werde der militärische Wert Polens verfallen, und Polen müßte sich dann seine internationale Bedeutung auf irgendeinem anderen Gebiete sichern, denn der nahe Frieden werde das Ansehen des polnischen Staates erheblich vermindern, und es würde sich die Frage erheben, wie Polen auf anderen Gebieten zu bestehen vermöge. Über seine Aussichten Polens, sich auf anderen Gebieten durchzusetzen, sehr gering. Die deutsche Konkurrenz werde Polen nicht ausbalancieren. Sobald Deutschland seine militärischen Tendenzen ad acta gelegt habe (?), verliere Polen seine Stellung als Großmacht Europas. Am Schluß seiner Ausführungen jagt der Verfasser, daß der Frieden dem polnischen Staat nicht zugrunde richten werde, aber der Friede könnte Polen zu einer drittklassigen Macht in Europa herabdrücken. \*

## Eupen-Malmédy.

Die belgische Regierung hat bekanntlich den auf der Konferenz von Launne durch den Völkervertrag von Eupen-Malmédy zum Ausdruck gekommenen Grenzvertragsentwurf in einer amtlichen Erklärung protestiert und ihre „selbst Entschlossenheit“, sich auf keine Verbindungen in dieser Grenzfrage einzulassen, betont. Das trotzdem die Reichsregierung nicht ruht, bemüht u. a. eine Meinung des Pariser „Journal“ heranzuziehen, die die belgische Regierung einen offiziellen Verstoß in der deutsch-belgischen Grenzangelegenheit plane und eine dementsprechende Volksabstimmung in den abgetretenen Gebieten zu verlangen gedente, da die feinerzeit durchgeführte öffentliche Abstimmung nicht als Abstimmung im Sinne des Art. 34 des Versailleser Diktates angesehen werden könne. Wenn diese Meinung des „Journal“ auch nicht den Tatsachen entspricht, so beweist sie doch, daß nicht nur die Oflgrenzen Deutschlands, sondern auch die Weltgrenzen im Auslande nicht als etwas Endgültiges betrachtet werden. Die Welt ist bereit, daß Eupen und Malmédy einmal wieder unter Reichsbehörden kommen werden. Die öffentliche Meinung hat in Belgien nach dem Kriege so gemaltige Fortschritte gemacht, daß der Zerfall des belgischen Staates nur noch eine Frage der Zeit zu sein scheint. Die Polen sollten an das Schicksal Belgiens denken!

## Preußen wird nicht zerfchlagen.

Reichskammerer von Papen hat sich am 13. Oktober in einer Rede in München auch über die geplante Reichsreform ausgesprochen. Dabei hat er beteuert, daß die Pläne der Reichsreform dahin gehen, daß die Preussische Staatsregierung mit der Reichsregierung enger verbunden wird, daß aber die Selbständigkeit Preußens gewahrt und Preußen nicht zerfchlagen werden soll. Die letztere Versicherung wird mit Genehmigung aufgenommen werden, insbesondere auch im deutschen Osten, die in der Zerfchlagung Preußens ein Unglück für die Entwicklung des Ostens und die Wahrung seiner lebenswichtigen Interessen erblicken müßte.

## Der Totengräber Ostfoberschlesiens.

Der bisherige Generaldirektor der Fürstlich Pleßischen Bergwerksdirektion in Rattowitz, Dr.-Ing. e. h. Alfred Dittorius, ist von seinem Posten zurückgetreten, da ihm von polnischer Seite eine weitere Arbeit in der ostförschlesischen Industrie, in der er 1907, also 25 Jahre lang, tätig gewesen ist, unmöglich gemacht worden ist. Sein Nachfolger in der Leitung der Pleßischen Bergwerksdirektion, Obergewerksdirektor Dr. Coerling, wurde Anfang Oktober ernestaltet. Die Gründe dieser Verabstung sind politischer Natur: Mit Rücksicht auf die bevorstehende Behandlung der Klagefälle des Fürsten Pleß gegen den polnischen Staat vor dem Gerichtshof im Haag kommt es der Warschauer Regierung offenbar darauf an, das Fehlen des Prozeßorgans durch den — völlig unabhängigen — Dr. Czozynski, der „Aufstanzwojemode“, hat sich in die Entdeckung der ostförschlesischen Industrie besonders „Verdienste“ erworben. Er scheint noch nicht begriffen zu haben, daß die Entdeckung seiner in ihrem Enderfolg einer Vernichtung der Industrie, die ja ausschließlich von deutschen Kräften aufgebaut wurde, gleichkommt. So wird er auch die Verbrangung des Generaldirektors Dittorius als einen Erfolg seiner Poloniersarbeit betrachten. Wie erinnerlich, war Dittorius ein sarger Mann gegen „Beleidigung der Wojemode“ zu zwei Wochens Gefängnis verurteilt worden; und das Oberste Gericht in Warschau hatte die sonst übliche Umwandlung der Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe verneinert und die Freiheitsstrafe des Rattowitzer Gerichtes bestätigt. Die „Beleidigung“ wurde darin erklärt, daß Dittorius den Vertretern der Wojewodinnen der ihm unterstellenden Unternehmen gegenuber die Zunahme der Arbeiterlohnen und Entlassungen marigheitsgema damit begrandet hatte, daß auf Verandlung von höchster Stelle in der Wojewodinnenschaft ein Bescheid gegen sattfindende Arbeiterentlastungserlasse erteilt werden könnte. Zur Seite der Urteilsbefestigung durch das Oberste Gericht befand sich Dittorius in einer Breslauer Klinik, wo er sich einer leichten Operation unterziehen mußte. Er wäre trotz der über ihn verhängten Gefängnisstrafe wieder nach Polen zurückgekehrt, wenn nicht eine neue Anklage gegen ihn erhoben worden wäre. Nicht Pleß mußte nämlich zwei der Vermotung des Generaldirektors Dittorius unterstellte Bergwerksdirektoren wegen Kundendienstes und schwerer Verfehlungen straflos entlassen. Während einer von diesen ins Ausland floh, betritt

der andere, des ihm zur Kost gelegten Verbrechens schuldig zu sein, und behauptete (vielleicht auf Anstiften polnischer Stellen, die seine Verdrängung aussetzen wollten), große Schlimmen zur Vermeidung und Verhinderung polnischer Beamten im Auftrag des Generaldirektors Dittorius und zum Nutzen der polnischen Bermaltsverwaltung erbenet zu haben. Aus dem Ausgange des ungluckigen Direktors konfirmierte die polnische Justizbehörde eine neue Anklage gegen den unbehaglichen deutschen Industriebruder, der, da er die polnischen Praktiken kennt, nun nicht mehr nach Polen zurückkehren wird. Mit Dittorius verliert die ostförschlesische Wirtschaft einen ihrer bedeutendsten Führer und das dortige Pöulnischtum einen verdamten Forberer. Czozynski, als Exponent der polnischen Wojewodinn, hat das Kennen gemacht. Er kann sicher sein, daß auch dieser Schlag, den er gegen das Pöulnischtum seiner Wojewodinn geführt hat, ebenso schwer wie dieses auch die Wirtschaft Ostförschlesiens treffen wird, als deren Totengräber ihn sein politischer Gegner Korfantj bezeichnet hat. Es ist unannehmlich, daß es auch in Polen jetzt einige vernunftige Wirtschaftler gibt, die diese Methode des Rattowitzer Wojemoden, die Industrie zu „fördern“, nicht billigen, wie der Prozeß beweist, den der Wojemode gegen einen angelegenen polnischen Wojewodinn angestrengt hat, weil dieser sich nicht gefestet hat, ihn als den „Größten Schandling Ostförschlesiens“ zu nennen.

Dr. Czozynski eifert dem Vorbild französischer Staatsmänner nach: Er macht sich eine Spezialität aus Denkmalreden. So hat er kürzlich bei der Einweihung eines Aufstanzdenkmals von den Gräbern am alten polnischen Oberkriege gesprochen, die nach Oppeln, Ratibor und Groß-Stritzky bilden und der Ausdruck hochstfuller polnischer Rechte und Hoffnungen sind. Es kann sicher sein, daß auch dieser Schlag, den er gegen das Pöulnischtum durch den Aufstanz den, der mit seinem Hammer den Kopf der deutschen Hydra perschnitten. Auch bei anderen Gelegenheiten hat der Wojemode seiner Sehnsucht nach einer Verandlung der Grenze in Schlesiens unermittelt Ausdruck gegeben, und er hat sich auch besonders in der Hauptversammlung des Verbandes der Aufstanzlichen zur Schau gestellt, bei der ein feierlicher Schwur geleistet wurde, daß das ganze polnische Volk gegen deutsche Raubgegriffe und gegen deutsche Grenzverletzungen wie ein Mann zu den Waffen greifen müsse. Daß bei dieser Gelegenheit die Auffassung des Deutschen Volksbundes und der deutschen Vereinigungen in Pommern verlangt wurde und daß man die polnischen Führer im deutschen Westförschlesien zum Ausbuchen in der Hoffnung auf das polnische Ziel ermahnte, das nur nebenbei. Die Agitation nicht nur des polnischen Westmarkenvereins und der Aufstanzlichen-Verbände, sondern auch möglichst und vereinstimmlich polnischer Personlichkeiten nimmt einen Umfang an, den die deutschen polnischen Beziehungen nur in hohem Maße furdern beeinflussen kann.

## Reichsminister von Braun über Siedlung.

Auf dem Verbandstag des Provinzialvereines niederförschlesischer ländlicher Genossenschaftsvereine vom 7. Oktober der Reichsminister für Landwirtschaft und Landwirtschaf, Freiherr von Braun, eine Rede, in der er u. a. ausführt: Die geschichtliche Betrachtung zeigt deutliche Parallelen der Lage der Landwirtschaft nach den großen Kriegen. Wir brauchen den Bauern aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen. Es ist fuber, daß ein kaufkraftiger Bauer ein stärker Konsumist ist als ein ländlicher Arbeiter, und daher den Handwerkern und Kaufleuten der nachfolgenden Stadt mehr zu verdienen gibt, als der Großgrundbesitzer, der oft seinen Bedarf an weichen Waren mit verarmten Leuten kaufen kann. Die Scholle hängender Bauern aber nur allem als Volkwerk gegen den östlichen Ansturm. Die Reichsregierung hat — wie bekannt — über die im Rahmen des Reichsetats ausgeworfenen 50 Millionen hinaus weitere 50 Millionen RM. für Siedlungsmae bereitgestellt. Vom Januar d. J. bis zum 30. September sind von der Deutschen Siedlungsbank Siedlungskredite in Höhe von rund 65 Mill. RM. ausbezahlt worden. Auf die gleiche Zeit des Vorjahres entfallen rund 6 1/2 Millionen. Das Ergebnis bis zum 30. September ergibt bei Vergleich der Zahlen mit vorangegangenen Jahren keinen Ruckschrit, sondern eine Verlehmigung der Siedlung. Dieser Erfolg ist erzielt worden, obwohl mit Schwierigkeiten gekämpft werden mußte, die in der Vergangenheit nicht bestanden. Die Reichsregierung sah sich vor die Aufgabe gestellt, zahllose alte Siedlungsobjekte, die in Preußen in Angriff genommen waren, ohne daß ihre Finanzierung sichergestellt war, zu übernehmen. Für über tausend Stellen mußte ein Reich der ganze Siedlungskredit beschafft werden. Das nicht bedeutet einen Abwurf an Mittel von etwa 20 Millionen RM. Bei der Weiterführung der landwirtschaftlichen Siedlung werden eine gewisse Rolle die Güter spielen, die aus dem Sicherungsverfahren entlassen werden müssen. Zurzeit werden die Vorbereitungen getroffen, die hieron zur Siedlung geeignete Güter auszuwählen. Als Beispiel wird hierbei gelten, daß wirklich lebensfähige und krisenfesten Bauernstellen geschaffen werden. Als Siedler kommen in erster Linie solche Familien in Frage, die innerlich noch einige Verhängnisse von Lande

haben und neben gründlichen landwirtschaftlichen Kenntnissen die Eigenschaften eines echten Kolonisten, Fähigkeit und Ausdauer, Anpruchslosigkeit und Bescheidenheit, Liebe zum Beterland und zur Scholle besitzen. Die Wirtschaftsverwaltung wird sich besonders der Pflege des Genossenschaftswesens annehmen müssen. Die Reichsregierung hat die Finanzierung der Reichsstelle für Siedlungsberatung entscheidend auf sich genommen, ferner die Mittel für eine Wirtschaftsverwaltung der Siedler in Preußen bereitgestellt und den Ausbau einer Wirtschaftsverwaltung in Meklenburg-Schwerin in Angriff genommen. Um die Wirtschaftlichen der Siedlung besser ins Auge zu fassen, hat der preussische Domänenfiskus Verhandlungen eingeleitet über eine Vereinbarung, nach der der Domänenfiskus besiedlungsfahige Domänen zur Siedlung bergibt. Im Austausch soll fuber der preussische Justizfiskus geeignete Waldflachen übernehmen von demjenigen Privatbesitzer, der im Entschuldungsverfahren durch Abverkauf von Wald landiert werden könne. Die Entschuldung landwirtschaftlicher Betriebe im Ostförschlesien kann vielfach nur dadurch ermöglicht werden, daß Teile der Grundfläche ubertrant und für die Siedlung landwirtschaftliche Siedlung verwendet werden. Unter Vercksichtigung der Wirtschaftslage der Landwirtschaft und der allgemeinen Konjunkturschwachung hat die Reichsregierung in Aussicht genommen, die Jahresleistungen der Siedler ab 1. Juli für die nächsten zwei Jahre von 5 auf 3 1/2 v. S. zu ermagigen. Hierdurch tritt bei den in den früheren Jahren errichteten Siedlerstellen, für die geringereinschleus Bauarbeiten gemacht worden sind, eine Ermagigung der Gesamteinsparung auf etwa 3 v. S. ein.

**Bis zum**  
**20. Okt.**  
müssen Neubestellungen auf unter „Land“ für November/Dezember aufgegeben werden. Bei später erfolgten Bestellungen ist eine Sondergebuhr von 20 Pf. zu zahlen. Der Beauspreis für 2 Monate beträgt 1,— M. (ohne Zustellungsgeb.)

## Aufwertung deutscher Vermögen in Polen.

Die Städtische Kommunalparkasse in Silesie teilt mit, daß die Aufwertungsquote nach Entscheidung des Regierungskommissars für die Umrechnung der Sparanlagen 9,98 v. H. beträgt. Die Rolle bedeuft jedoch bei der Aufwertung noch 10 v. H. anzuwenden, was der Gegenstand der Beratung des Kommissars in nächster Zeit sein wird.

Nach Bestimmung des Regierungskommissars muß die Kasse à conto der aufgemerzten Sparkontos einen Zuschuß in Höhe von 5 v. H. der umgerechneten Sparanlage bis zum Erhalt der neuen deutschen Staatspapiere ausbleiben.

Die Beratungsstelle für die Aufwertung deutscher Vermögen in Polen. v. C.

## Entschädigungswesen.

### 6%ige Reichsschuldbuchforderungen.

Erfahrungsgemäß haben die Kurse der Reichsschuldbuchforderungen in den letzten Tagen wiederum einen Aufschwung genommen, besonders die kurzen und mittleren Fälligkeiten boten Kursbeförderungen von mehreren Prozenten aufzuweisen. An Unbehagen der unbedingtesten innerpolitischen Lage und unter Berücksichtigung des Umfandes, daß immerhin mit einer allgemeinen Zinslenkung gerechnet werden muß, halten wir bei Selbstbedarf einen Verkauf der Schuldbuchforderungen zu den jetzigen Kursen für vorteilhaft. Hierbei möchten wir noch darauf hinweisen, daß besonders für die Besitzer der kurzen Fälligkeiten, die den Verkauf ihrer Schuldbuchforderungen als Kapitalanlage betrachten, eine günstige Gelegenheit gegeben ist, durch Umlauf ihrer Schuldbuchforderungen in spätere Fälligkeiten eine höhere Verzinsung und einen Kapitalgewinn zu erzielen. Unsere Bankabteilung, die Aufbaubank für Grenz- und Auslandsdeutsche G. m. b. H., Berlin W. 30, Mohrstr. 22, ist jederzeit bereit, die Durchführung dieses Umlaufes Interesse wahrnehmend vorzunehmen. Am 11. d. M. hörten wir folgende zweierbindige Verkaufskurve:

	1.	2.	3.	4.
1933.... 98 % v. H.	97 1/2 % v. H.	1939.... 72 v. H.	70 v. H.	67 1/2 %
1934.... 92 %	91 1/2 %	1940.... 70 v. H.	67 1/2 %	67 1/2 %
1935.... 85 %	82 %	1941.... 66 1/2 %	65 1/2 %	64 1/2 %
1936.... 82 %	81 %	1942.... 65 1/2 %	64 1/2 %	64 1/2 %
1937.... 76 1/2 %	75 %	1943.... 64 %	64 %	64 %
1938.... 75 %	73 %	1944-48 64 %	63 1/2 %	63 1/2 %

Wiederkaufausfußl. fällig 1944/45 etwa 25 v. H., 1946-48 etwa 24 v. H.

## Bundesnachrichten.

### 6%ige Reichsschuldbuchforderungen.

Unsere Sterbekasse, die bisher sehr viel Gutes geflattet hat und deren Wohlstand von allen Seiten dankbar anerkannt wird, wird noch viel zu wenig beachtet. Wenn man Hab und Gut gegen Feuer und sonstige Gefahren schützt, sollte man doch auch an die Lebensversicherung, Sterbegeldversicherung denken. Bekanntlich stellen sich bei Lebensfällen sofort allerlei notwendige Ausgaben ein, wobei unsere Sterbekasse den Verstorbenen logisch hilfreich beiträgt. Viele Dankschreiben, auch aus letzter Zeit, sind uns infolge der schnellen Auszahlung des Sterbegeldes zugegangen. Ein jeder, der nicht ausreichend versichert ist, sollte unbedingt unserer Sterbekasse beitreten. Der Beitritt erfolgt immer zum Quartalssechstens mit einem Sterbegeld von 300 bis 1500 M. Wie aus dem unten aufgeführten Tabellen ersichtlich ist, sind die Bedingungen sehr günstig:

Das Sterbegeld beträgt für jeden Versicherungschein 300 RM. Der vierteljährliche Beitrag für 300 RM. Sterbegeld beträgt, I. wenn der Beitrag längstens bis zum 85. Lebensjahre gezahlt wird

In der Einheits- Mittelsgröße:	A	B	C	D	E	F	G	H	J
Jahre:	30 bis 30	31 bis 35	36 bis 40	41 bis 45	46 bis 50	51 bis 55	56 bis 60	61 bis 65	66 bis 70

Beitrag RM: 1.35 1.65 2.10 2.40 3.— 3.75 4.80 6.30 8.55

II. wenn der Beitrag längstens 25 Jahre gezahlt wird

In der Einheits- Mittelsgröße:	A	B	C	D	E	F	G	H	J
Jahre:	30 bis 30	31 bis 35	36 bis 40	41 bis 45	46 bis 50	51 bis 55	56 bis 60	61 bis 65	66 bis 70

Beitrag RM: 1.65 1.95 2.25 2.65 3.15 3.90 4.95 — —

Seit dem Bestehen der Sterbekasse wurden in 136 Fällen — 55 400 M. gezahlt. Auskünfte geben die Vertrauensmänner unserer Ortsgruppen. Auch ist die Bundeszeitsung, Berlin W. 30, Mohrstr. 22, gern zur weiteren Auskunft bereit.

## Aus der Bundesarbeit.

### Verjammlungskalender.

Ortsgruppe Kassel, Sr. Osm. Militärkonzert im Stadtpark am Mittwoch, den 19. Oktober, 20 Uhr, ausgeführt vom Musikkorps III. (Jäger-) Bata. J. R. 15. Leitung: Obermusikmeister Stainkopf, Eintritt 50 Pf. Eintrittsgeld für bedürftige Mitglieder der Ortsgruppe.

Ortsgruppe Berlin-Rohd. Monatsversammlung am 17. Oktober, 20 Uhr, Kriegervereinhaus, Chausseest. 94. Anstchl.: Musikalische Unterhaltung.

### Landesverband Berlin-Brandenburg.

Die Ortsgruppe Berlin-West hielt am 11. Oktober eine Monatsversammlung ab. Sie war so gut besucht, daß der große neue Saal des Viktoriagartens gefüllt war. Der Vorsitzende, Herr Kettau, begrüßte die Erscheinenden, gab seiner Freude über den jubelnden Besuch Ausdruck sowie der Hoffnung, daß auch die weiteren Versammlungen gleich gut besucht sein und alle Mitglieder dem Deutschen Clubbe gerade in dieser für die Offiziere so entscheidenden Zeit auch weiterhin die Ehre machen möchten. Er dankte für eine Reihe gefälliger Mitteilungen, worauf die Aufnahme neuer Mitglieder erfolgte. Hr. Hoffmann, die nach Kottbus vertrieb, wibmete er warme Worte des Abschieds und des Dankes für die langjährige hingebungsvolle Führung der Kasse. Bundespräsident G. Inghel, der Mitglied der Ortsgruppe ist, hielt darauf einen eingehenden Vortrag über die Bestrebungen zur Wiederaufstellung der Entschädigungsfrage, über die Dankschreiben, die in diesem Sinne die Arbeitsgemeinschaft herausgegeben hat, über das Aktionsprogramm der Arbeitsgemeinschaft der Geschädigtenverbände, über die Bestrebungen zur Veranlassung der Entschädigungsverfahren und über die darin behandelte Frage der Vernichtung von Entschädigungsakten usw. Redner betonte mit allem Nachdruck, daß das Recht der Geschädigten auf eine höhere Entschädigung so lange geltend gemacht werden würde, bis die berechtigten Ansprüche der Geschädigten erfüllt seien, und daß dieser Kampf eine angemessene Entschädigung nur ein Ziel, das ein Komplex um Rechte und Verantwortlichkeit ist, den der Deutsche Offiziersbund führe, und der ebensofort der Wiedergutmachung des Unrechts an den Vertriebenen wie des an der ganzen Ostmark begangenen Unrechts gelte. Seine Ausführungen wurden mit gespanntem Interesse verfolgt und mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Darauf wurde ein fünfstufiges Filmprogramm „Der einsame Adler“, ein sehr interessanter, oft dramatisch wirkender Kriegsfilm, vorgeführt, der bei lebhafter Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Hoch beifriedigt verließen die Mitglieder die Versammlung.

Die Ortsgruppe Berlin-Hermesdorf veranstaltete am 24. September einen gut besuchten Ostdeutschen Abend in den Räumen von „Ludwigsluh“ in Hermesdorf, zu dem der ostdeutsche Dichter, Herr Dr. Franz Eütcke, Präsidiumsmitglied des Deutschen Offiziersbundes, sich als Hauptredner zur Verfügung gestellt hatte. Den musikalischen Teil bestritt ein Orchester unter Leitung seines Kapellmeisters Herrn Otto Marzilli, das sich in uneigennützigster Weise in dem Dienst der Ortsgruppe geflattet hatte. Das Programm begann mit dem „Zork-Marsch“ von Besthoven, worauf „Die Heimat“ von Eintracht gemeinsam von der Versammlung gesungen und vom Orchester begleitet wurde. Es folgten die Ouvertüre zu „Heimkehr aus der Fremde“ von Mendelssohn und die „Dreizeh, Ostmarkenbank“, ergreifend und temperamentvoll von Herbert Wietusch gesprochen. Der I. Vorsitzende, Herr Rittmeister a. D. Bleeker-Rohlsaat, begrüßte darauf die Zuhörer, Herr Dr. Eütcke, den Vertreter des Landesverbandes Berlin-Brandenburg, Herrn Leberer Waade, sowie die Vertreter der Ortsgruppen. Die Musik eroberte die Darsteller über. So hatte sich ein lebhaftes Verhalten von Seiten eindrucksvoll zu Gehör. Sodann hielt Herr Dr. Eütcke ein Gedicht, „Die weltpolitische Bedeutung unserer deutschen Offens“, der ganz hervorragend war und von ganz ungewöhnlichen Grundgedanken ausging. Der Vortragende ging von dem Worte Schleiers, daß Offiziers sein zum letzten Mann verteidigt werde, aus, dieses Wort müsse vom allgemeinen Volksbewußtsein und von der Volksstimme untermauert werden. Vor zehn Jahren müßte es auch nicht gesprochen werden, und wenn sich lediglich die Zeiten für den deutschen Standpunkt geändert hätten, so hätte daran auch der Deutsche Offizier nicht geringen Anteil. Nicht, weil die eine oder die andere Stadt im Osten, das eine oder das andere Dorf die Heimat des einen von uns wäre, mit der er unfähig verbunden ist, sondern weil jeder wissen müßte, was der Osten und seine Menschen seien, nicht allein, weil der Osten in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung eine ungeheure Bedeutung habe, sondern weil jeder Deutsche auch weltpolitischen Werte des Ostens lebhaftig sein müßte, betreibe man die Propaganda. Ohne den Allen gelbe es kein Deutschland. Diese Hauptgedanken erarbeitete der Vortragende durch einen geschichtlichen Rückblick, in dem er besonders hinführend die Zeit vor genau 1000 Jahren, die Zeit Friedrich I., würdigte, die interessante Parallelen zu unserer heutigen Zeit bietet: Ein „Bolk ohne Raum“ wäre Deutschland damals gewesen, von inneren Kämpfen zerissen, genau wie jetzt. In solchen Zeiten gäbe es nur die beiden Möglich-

keiten, entweder zumins unterzugehen oder die rettende Tat. Heinrich I. hätte damals diese rettende Tat ermöglicht: Er schlug im Elsaß die Franzosen, warf die Ungarn aus dem Lande, die Vöden aus der Nordmark, kämpfte vor Prag, schuf die innere Einheit, schuf damit erst den Begriff „deutsch“ und schenkte dem Völkchen der Deutschen den Namen. Der Römer muß dabei immer die Bezeichnung der heutigen Zeit und betonte die ungeheure Wichtigkeit der Tat des Jahres 928, der Eroberung Brandenburs. Heinrich I. hatte erkannt, daß der Deutsche, wenn er keine außenpolitischen Ziele hätte, sich im Innern zersplittern und er verfiel dieses Ziel. Sein Sohn Otto I. hätte dann das Land geistig und kulturell erobert und besiedelt. Wäre wären damals Auffstände gekommen, aber sie hätten den Besitz des Offens niemals in Frage stellen können, da man wohl verlieren, aber keine Ansprüche aufgeben dürfte, was man damals (und auch heute) nicht getan hätte. „Im Lauf und Ab des Weltgeschehens läge keine Willkür, sondern Gesetz. Der Vortrage warf einen Blick auf die weitere Geschichte des Offens, der damals Deutschland die weltpolitische Bedeutung gegeben hätte. Der Dreißigjährige Krieg, der Westfälische Friede, die Zeit des Großen Kurfürsten, Friedrichs des Großen und die Napoleonische Zeit erläuternd, betonte er, daß der Freiheitskampf gegen das Joch des Korjen und der weltpolitischen Umfassung damals vom Offen, Königsberg und Breslau, Berlin und Wien auszugehen müßte. Auch Österreich wäre ein Sohn des Offens gewesen, und er hätte nur durch Preußen das Reich schaffen können. Und auch der Feindbund hätte die weltpolitische Bedeutung des Offens sehr genau und besser als viele Deutsche erkannt und sehr wohl genutzt, darum ist ihn durch den Schandvertrag von Versailles verstoßen haben sollte. Es käme also nicht auf des einen oder des anderen Heimatlieb an, sondern das Wichtigste wäre, das man wieder in die Weltpolitik hinein müßte, was nur durch den Offen geschehen könne. Darum müßten alle Deutschen sich vereint haben, politische und konfessionelle Gegensätze hinweg in dieser Frage einmütig sein. Wir hätten nur einen Aufbruch ins dritte Jahrtausend hinein, das alles das erfüllen müßte, was die ersten beiden versagt hätten. — Dieser einmütige, die Zuhörer von Anfang bis Ende stark fesselnde Vortrag fand den ganz besonders zum Ausdruck gekommenen Beifall der Versammlung. — Nach einem feierlichen „Grüß ist die Erde“ von Blum trug Frau Ulke Volte Hennig ein Gedicht „Die Vertriebenen“ mit feierlicher Empfindung vor und erntete den verdienten Beifall. Es folgte namentlich die Aufführung von drei lebenden Bildern: die deutsche Schicksalsgemeinschaft verkörpert, durch die Jugend der Ortsgruppe, unterstützt von der Jungfrau der Ortsgruppe Oberheimweide. Diese lebenden Bilder brachten bildlich die Uneinigkeit der Deutschen, die Notzeit und den Wideraufruf durch ein Treuebekenntnis zum deutschen Offen zum Ausdruck, der in dem gemeinsamen Gesange der vier Strophen das Deutschlandlied als letzten Höhepunkt erreichte. Nicht ohne bewundernden Beifall absolvierte die Vorträgerin für ihr ausgezeichnetes Spiel „Der Völkchen“ und dankte dem Beifall der Zuhörer an der Arbeitsstätte, dankte für die Einladung und richtete ihre Worte an die arbeitsdeutsche Jugend, die nicht die Hoffnung und den Mut verlieren, sondern ausbarren soll, da sie dazu berufen sein wird, die Heimat ihrer Vorfahren wieder zu gewinnen.

### Landesverband Hannover-Braunschweig.

#### Die Offendebundung in Hildesheim.

(Fortf. des Berichts aus Nr. 41.)

E. C. u. n. o. Hannover, der Leiter des Offendebundes im Landesverband Hannover-Braunschweig, sprach dann über

#### „Die Offmark im Grenzkampf“.

Wenn in der letzten Zeit von Abrüstung, Frieden, Völkervereinigung, Gleichberechtigung, wirtschaftlichem Wiederaufbau viel geredet und geschrieben wurde, so wird doch darunter das Wort „Offen“ in die Scharierung der Weltwirtschaft und insbesondere der deutschen Wirtschaft erstlich beibehalten und der Zeitpunkt nicht mehr fern lie, wo der Völkervereinigung das Straubentest der Völkervereinigung sein wird. Aber immer wieder sei Kriegslösung zu hören und laute das glatte Wehlein der Unterte und Beschäftigung, das verzeerte Gesicht des Hoffens und der Eier auf. Wenn wir uns die Landkarte des Deutschen Reiches, so wie sie der Schandvertrag von Versailles jählich kisierte, zur Augen halten, dann sehen wir, daß von Aremel bis Sultt-Idin die neue deutsche Offenzunge eine einzige

Bruchlinie und noch nicht einmal eine zusammenhängende Linie ist. Bei den Annehmungen der letzten Zeit sollte endlich begriffen werden, daß an der Offenzunge Deutschlands Schicksal sich erfüllt und der Raub weiterer deutscher Gebiete ein Ziel der Offenzunge der Deutschen gleichkommt. Die jeder wirtschaftlichen und kulturellen Barmut und Gerechtigkeit hochbegründete Grenzführung jenseits Polen und Deutschland hat die Offmark in eine so bedräunige Lage gebracht, daß es der höchsten Anstrengung bedarf, einen tatfähigen Wiederaufbau durchzuführen. Jenseits aber

#### polonisiert und kolonisiert der Polen

in den entziffenen und den uns verbliebenen Gebieten. Schon heute steht die flammige Welle wie eine neue Dampfwafler teil und drohend vor der deutschen Grenze. Doch läßt ihr ein Wall deutscher Menschen gegenüber. Der Wall ist aber dünn, die Menschen hungern, aber sie halten den Polen und haben noch immer mit ganzer Seele das Land ihrer Väter. Es ist und bleibt das Gebot der Stunde, die Bewohner der gefährdeten Gebiete mit allem Mitteln zu unterstützen und neue Menschen im Offen anzuziehen; überall dort, wo die iltischen Völkler — Polen und Litauer — vorwärts drängen; denn sonst ist in kurzen die Erde Deutschlands Offenzunge. Seine Sachverhalt hat die Polen gegen Offenzunge Österreichs, aber es für die stärksten Sicherungen seiner Völkermacht hält. Rohle und Hänger, und was ihm als beste Völkerschaft seines staatlischen Daseins erscheint: die Schmachdung Deutschlands, die durch den Raub jener weiterer Provinzen vollendet und erweitert werden soll. Das zeitliche Kampffeld der Polen ist die Offmark ihrer staatlischen Grenzen, unsere neue Offmark von Oppeln über Schneidemühl nach Stolp bis Opatowitz. Eine Aufgabenstellung und eine Offpolitik, die die Polen nur in die Grenzen zurückzwingt, die ihm staatsrechtlich gegen sie, trägt zur deutschen Abwehr des polnischen Drängens nach Westen nicht aus. Denn ausbauender und gefestlicher als der Staat Polen selbst ist im Kampf gegen das Deutschland hüben wie drüben der polnische Bauer. Der polnische Bauer ist nicht mit Machtmitteln zu besiegen, es sei denn, wir werfen ihn aus dem Lande, wie es Polen mit unserer deutschen Völkergemeinschaft in seinem Staat gemacht hat. Des polnischen Bauern werden wir nur Herr werden können, wenn in unserem Volk eine neue Welle zum Vordringen groß wird. Im Kampf an der deutsch-polnischen Grenze wird schließlich der Sieger bleiben, der als Siebler oder Bauer den Ackerboden besitzt, aus dem ihm die Liebe zur Heimat, der Glaube an die Gerechtigkeit seiner Sache und die körperliche und seelische Kraft eines echten Grenzmarkers entflieht. Unsere Aufgabe aber ist es, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für unser deutsches Offenzunge einzutreten, opferbereit und hilfsbereit, ich habe es zu tun zu haben.

Die Vorträge wurden aus dem Anhang des Offendebundes aufgenommen. Anschließend sang Konzeptionsleiter Erik Mundhenke das Lied „Ich hatte einst ein schönes Vaterland“ von Johanna Wolff, komponiert von Wohlgemut, womit er Beifallsstürme entstellte. Nachdem dann der Hofenriedberger Marsch verklungen war, brachten der Offmark und die Jungfrau Hannover Bilder aus der Offmark von der Vergangenheit bis zur Gegenwart und „Des Offmarkers Traum“ zur Vorführung. Auch dieser Teil des Programms gelang sehr gut. Kommerz Gesellmann übermittelte dann noch Grüße der Offmark und Afrikaner sowie der kolonialen Jugend.

Am zweiten Teil des Abends folgte ein gemächliches Beisammensein mit Partietationen einer bunten Wäbne und deutschem Tanz. Die Veranstaltung war eine wirkliche Werbung für die Offmark und wird auch Hildesheim von der Notwendigkeit des Kampfes um die Offmark überzeugt haben.

#### Aus befreundeten Verbänden.

##### 115. Stiftungsfest der Bromberger Gymnasialen.

Am Sonntag, dem 15. Oktober d. J., abends 8 Uhr, findet im Landwehr-Rafino am Zoo (Berlin-Charlottenburg, Lebensstr. 1) aus Anlaß des 115jährigen Bestehens des Bromberger Gymnasiums ein Konzert statt, zu dem die Vereinigung ehem. Bromberger Gymnasialen (Dr. Brunk, Berlin-Charlottenburg, Savignypfatz 10) einladet.

## Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

### Personliches.

Geheimrat Prof. Dr. Raemmerer 70 Jahre alt.

Am 11. Oktober ist, wie schon kurz mitgeteilt, Geheimrat Prof. Dr. Cuby Raemmerer 70 Jahre alt geworden. Der Völkchen Offenzunge und alle ehrentlichen Dofener, die dankbar der Träger der hohen kulturellen Aufwartsbewegung in der Provinz von 1890 bis 1914 gedenken, senden dem Jubilar die herzlichsten Glückwünsche. Raemmerer übernahm, vom Berliner Kapuzinerkloster kommend, wo er als Direktorialoffizient gewirkt hatte, 1903 die Direktion des damals ersten Völkchenentgegenkommenden Kaiser-Friedrich-Museums und leitete es nach der Eröffnung im Oktober 1905 bis zur Übergabe an die Provinz im Januar 1918. Er war zugleich Provinzial-Konferenzleiter der Raemmerer der Provinz und als solcher der zeitliche Völkchen der Provinzial-Kommission zum Schutze der Denkmäler der Provinz,

Mitglied der Kathosambau-Kommission, Begründer des Denkmal-Archivs für die Provinz und Ordinarius für Kunstgeschichte an der Dofener Akademie, war also 16 Jahre lang für die Regierung-, Provinzial- und Stadtbehörden hauptverantwortlicher Berater und somit unentbehrlicher Helfer für Fragen der Kunstpflege. Es verdankte diesen Erfolg nicht nur seinem großen Willen (er hatte über die Landschaft in der deutschen Kunst, über Daniel Chodowiecki, die Brüder von Eyck, Hans Memling und Max Erismann gearbeitet), nicht nur seiner ausgezeichneten Schulung (die er sich im Umkreise der Berliner Museen und auf ausgedehnten Reisen erworben hatte), nicht nur der Tatsache, daß er als geborener Danziger bereits Beziehungen zum Offen mitbrachte, sondern vor allem seiner Persönlichkeit. Raemmerer war ein vielseitiger Mann, daß in der Welt nicht das an ihm gab, was heute kann, sondern das, was er im Leben und in der Welt gegeben sein muß, das Ausschlaggebende ist. Und er hatte es ver-



lauben, bei den damaligen schwierigen persönlichen Verhältnissen in den aufstrebenden Verwaltungsstellen sich durchzusetzen und sich die nötige Klugheitsfreiheit zu sichern. Der Kampf, den er für die Aufgaben seines Amtes, so wie er sie sah, zu führen hatte, war oft ein Kampf gegen Windmühlen; aber daß er ihn dank Fähigkeit und diplomatischen Geschick stets siegreich beendete, brachte seinem Amt und Museum den Erfolg. Das bei ihm vorerbereitete Unterfeld für die allgemeine und reine Kunst überzog das für die heimatkundlichen Sammlungen der Bergschichte und Naturwissenschaft und erregte die Aufmerksamkeit Mitgl. und Fremder, aber er drang auch hier durch mit seiner Ansicht, daß gerade in der in der Kunstentwicklung jüngerlebenden Provinz das Museum nicht nur die Vergangenheit pflegen dürfe, sondern den Blick auf Gegenwart und Zukunft und auf die ganze Kunst Deutschlands und auch teilweise des Auslandes lenken müßte, wenn eine Erziehung zur Kunst erreicht werden sollte. Darin unterstützte ihn nicht nur die Gemütsbildung des Grafen Athanasius Raschke, die als Grundstock des neuen Museums aus der Dresdener Kunstsammlungen nach Posen übergeführt war, sondern in diesem Sinne ließ er sich die Vermehrung der Bestände an Gemälden, Plastiken und kunstgewerblichen Stücken angehen, ließ, ebenso den Ausbau einer Sammlung von Gipsabgüssen von Kunstwerken aller Zeiten. Seine Verbindung mit der Kunstwelt war ihm hierbei sehr förderlich und führte dem Museum wertvolle Leihgaben und Schenkungen zu. Daß er daneben ein erfrühter Pfleger der Döbener Kunst wurde, bezog seine hervorragenden Berichte, die er als Konzeiptor über die Denkmalspflege in der Provinz veröffentlichte, nicht an sich selbst, sondern zu dem von Paul Graef herausgegebenen Illustrationswerk „Die wichtigsten Baudenkmäler der Provinz Posen“ (1909). In den Kunstausstellungen, die er zielbewußt und mit seinem eigenen Geschmack voranleitete, ließ er auch die Heimatkunst zur Geltung kommen. Seine Wirksamkeit als Museumsdirektor war so ausgreifend gewesen, daß der anfänglich als übertrieben groß angelegte Bau 1911 schon an Raumangeln litt und Kammern an eine Erweiterung der landeskundlichen Sammlungen von denen der reinen und angewandten Kunst dachte. Wäre nicht der politische Umsturz gekommen, er hätte auch die Schwierigkeiten, die sich ihm hier aufgetan hätten, siegreich überwand.

1919 wurde Kommerzienrat Direktor der Sammlungen auf der Welfe Coburg, und 1931 trat er in den Ruhestand, den er in Coburg geniesst. Georg Minda-Poast.

#### Sraf von Degenfeld-Schoburg.

Der Landrat des Kreises Reichenbach (Schlesien), ist zum kommissarischen Oberpräsidenten der Provinz Niederbesien ernannt worden. Die Nachricht kam völlig überraschend. Der neue Oberpräsident von Niederbesien hat sein Amt sofort angetreten. Kandidat Graf Degenfeld-Schoburg ist am 5. Februar 1876 als Sohn des verstorbenen Majors von Degenfeld-Schoburg in Ludwigsburg in Württemberg geboren. Am Januar 1907 kam er nach Posen und wurde im März 1910 ganz als Regierungsassessor nach Städt. in Hannover 1912 wurde er als kommissarischer Landrat nach Reichenbach berufen. 1915 wurde er als Landrat des Kreises Reichenbach angestellt. Seine ganze Arbeitskraft widmete er dem Kreis, und seine Fähigkeiten und seinen besten Willen setzte er rückhaltlos für den ihm unterstellten Kreis ein. Er hatte eine ganze Reihe Ehrenämter inne. So war er Vorsitzender des mittelschlesischen Landkreistages, Vorsitzender des kommunalen Arbeitsgeberverbandes, Mitglied in verschiedenen Aufsichtsräten. Er ist parteilos und allgemein als ein gerechter Vorgesetzter beliebt. Graf Degenfeld ist evangelischer Konfession und mit der Tochter des früheren Staatsministers Ströbren von Berlespitz verheiratet.

#### Der neue Oberpräsident von Ostpreußen.

Mit der Verwaltung des Oberpräsidiums in Königsberg wurde Regierungspräsident a. D. Dr. Wilhelm Rütcher betraut. Er ist als Sohn eines bekannten pommerischen Landwirts am 26. Dezember 1876 in Wobesee, Kreis Stolp, geboren. Er erhielt seine Ausbildung als Verwaltungsoberbeamter bei den Regierungen in Elberfeld und Potsdam. Als Landrat hat er in den Jahren 1907—14 im Kreis Posenburg in Pommern gewirkt und ist dort besonders durch seine Tätigkeit auf dem Schlange des Reichsanwalts bekannt geworden. Kurz vor Kriegsausbruch wurde er zur Vorbereitung der landwirtschaftlichen Fragen in das Preussische Ministerium des Innern berufen und nach dem Kulleneinfall mit der Bearbeitung des Wiederaufbaues der Provinz Ostpreußen betraut (und zum Ministerialkommissar bei der Kriegsschicksammission in Königsberg bestellt). Während der folgenden Kriegsjahre lag sein Hauptarbeitsgebiet in der Kriegswirtschaft; nach dem Zusammenbruch hatte er als Personalreferent in der Oberbesien preussischen Verwaltungsoberbeamten durchzuführen. Am April 1919 wurde er zum Regierungspräsidenten in Hildesheim ernannt und im Juli 1922 mit einer größeren Anzahl höherer Staatsbeamten in den einflussreichen Ruhestand versetzt. Seit dem 1. April 1923 trägt Präsident Rütcher als geführtführendes Vorstandsmitglied die Geschäfte des Deutschen Landwirtschaftsverbandes, über dessen Tätigkeit im letzten Jahreshet er auf der letzten Reichsversammlung einen ausführlichen Bericht erstattet hat. Die Tätigkeit des Reichsanwalts hat sich Dr. Rütcher häufig als Berichtshalter in landwirtschaftlichen Fragen betätigt.

#### Reue Beamte im Osten.

Regierungspräsident Ellinghaus in Sambinen wird betraut, mit der vertragsmäßigen Verwaltung der Stelle mit Ober-

regierungsrat von Braumüller in Allenstein beauftragt. — Der Oberregierungsrat bei der Regierung in Posen, Oskar Hofmann, wird zum Regierungspräsidenten in Marienwerder ernannt. — Zu Polizeipräsidenten werden ernannt die bisherigen kommissarischen Polizeipräsidenten in Königsberg, Conrad Berner, und in Elbing Oberregierungsrat von Rindkowski. — Der Regierungspräsident im einflussreichen Rubenstein Dr. von Bahrfeld wird zum Kurator der Universität Breslau ernannt. — Der Generalstaatsanwalt und Präsident des Strafollzugsamts in Marienwerder, Wichmann, wird als Generalstaatsanwalt an das Oberlandesgericht in Düsseldorf, der Generalstaatsanwalt Janos in Aachen an seine Stelle nach Marienwerder versetzt.

Weiter hat das preussische Staatsministerium in seiner Sitzung vom 4. Oktober 1932 folgende Personalveränderungen beschlossen: Zum kommissarischen Regierungspräsidenten in Stettin wird der Landrat in Jhehoe Göppert ernannt. — Der Regierungspräsident Wagner in Breslau wird beurlaubt. Mit der vertragsmäßigen Verwaltung der Stelle des Vizepräsidenten der Regierung in Breslau wird der Verwaltungsdirektor Dr. Scheller, jurist bei der Regierung in Schneidemühl, beauftragt. — Zu kommissarischen Polizeipräsidenten werden ernannt: In Oppeln der Regierungsrat beim Oberpräsidium Dr. Hermann Müller, in Glogau der Landrat des Kreises Sulkenberg, Wasko, in Posen der Polizeipräsident in Gleibitz, Dannehl, wird in gleicher Amtseigenenschaft an das Polizeipräsidium in Harburg-Wilhelmsburg versetzt. — Der kommissarische Polizeidirektor in Schneidemühl, Regierungsrat M. o. K., wird zum Polizeidirektor in Schneidemühl ernannt. — Mit der vertragsmäßigen Verwaltung des Landratsamtes in Weissenau wird der jurist bei der Verwaltung des Polizeipräsidiums in Oppeln beauftragte Regierungsrat Hüter beauftragt.

#### Der Chirurg Prof. Hermann Rüttner.

Am 12. Oktober, am 12. Oktober, ist der Breslauer Ordinarius der Chirurgie, Prof. H. Rüttner, in der Klinik seines Studiums, des Prof. von Kossberg in München gestorben. R. habilitierte sich 1897 in Erlangen für Chirurgie, bereiste im Alter von 34 Jahren wurde er Ordinarius, wurde als Rathgeber von Dörfel auf den durch Minkich hermit geborenen chirurgischen Lehrstuhl in Breslau berufen. Er hat sich vor allem um die Kriegschirurgie große Verdienste erworben; als Leiter des vom Roten Kreuz ausgerichteten Kriegslazarets ging er 1897 in den griechisch-türkischen Feldzug und 1899/1900 in den Burenkrieg; gleich nach seiner Rückkehr übernahm er die Leitung des Roten Kreuz-Lazarets während der russischen Wirren in Estland; den 1918/19 trat er als beratender Chirurg zum Heere nochmal vermandet. Er war Herausgeber der „Deutschen Chirurgie“ und oberer schicksalshilfflicher Werke.

#### Prof. Ersk Kaska.

Am Wauken nach Prof. Kaska, einer der besten Kenner der menschlichen Volkskunde und Sprachforschung im 18. Lebensjahre; sein Hauptwerk ist das „Niederlausische Wörterbuch“.

#### Seniätor Dr. Ludwig Kantorowicz.

Am 6. Oktober starb in Posen der bekannte Staatsrat Dr. Ludwig Kantorowicz. Kantorowicz wurde am 8. August 1869 als Sohn des Dolmetscher Kommerzienrats Kantorowicz geboren. Er besuchte das Dolmetscher Friedrich-Wilhelm-Gymnasium und studierte dann an den Universitäten zu Berlin, Frankfurt a. M. und Breslau. Er war Mitarbeiter bei Weigert in Frankfurt a. M. und bei dem Staatsrat an der Universität zu Berlin. Im Jahre 1901 wurde er zum Dr. Ludwig Kantorowicz in Posen selbständig. Während des Krieges war er Leiter eines Selbstlazarets als Oberlazaret, später wurde er dann Generaloberarzt. Er war Ritter verschiedener Orden, u. a. des Ordens des Eisernen Kreuzes I. Klasse. Dr. Kantorowicz veranderte sich im Jahre 1900. Der Ehe sind zwei Söhne entfallen.

#### Dr. Heinrich Michalski.

Am 16. Oktober, Bregener Str. 16, ist am 8. Oktober nach langem schweren Leiden der Begründer und bisherige 1. Vorsitzende der Gemeinnützigen Vereinigung zur Pflege Deutscher Kunst e. V., Johann Dr. Heinrich Michalski, erst 48 Jahre alt, gestorben. Er ist seinem Vater Simon Michalski, der ebenfalls Johann war, ein Sohn und am Alter von 80 Jahren erreicht hat, vier Wochen nach dessen Tod in das Grab nachgefolgt. Dr. Heinrich Michalski war ein leidenschaftlicher Musikfreund, der sich auch am unsterblichen Odem durch Verdienste erworben hat, daß er durch die von ihm gegründete Gemeinnützige Vereinigung zur Pflege Deutscher Kunst e. V., Berlin W 30, Rolandstraße 37, in zahlreichen Städten unserer Ostprovinz Musikabende (Konzerte und Opernvorführungen) veranstaltete, die immer mehr und mehr Bedeutung und bei den Beobachtungen in Berlin auch die Anerkennung der hochbegabten Berliner fanden. Wir hoffen, daß die erwählte Vereinigung, deren zweiter Vorsitzender Herr Stadtrat Schneider ist, auch in Zukunft unsere Ostprovinzen mit guten Musikvorführungen versehen wird.

#### Polizeirat Erke.

Der Leiter der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums Berlin, früher in Posen, ist im Betraute der politischen Umstellung im Berliner Polizeipräsidium seiner Stellung entbunden und wieder zum Leiter des Fremdenamtes beim Polizeipräsidium, das ihm schon früher unterstellt war, ernannt worden. Sein Nachfolger ist Oberregierungsrat Ernst Kretschmer, der seit 1914 dem Berliner Polizeipräsidium

engebört und vorher im Polizeipräsidium Bochum und dann im Preussischen Innenministerium tätig war.

#### 40jähriges Amts Jubiläum des Pfarrers Richard Hoff-Debenke.

Am 2. Oktober feierte Pastor Richard Hoff in Debenke, Kreis Weich, der seit 1918 in dieser Gemeinde tätig ist, sein 40jähriges Amts Jubiläum. Er hat nach dem polnischen Umsturz trotz seines vorgerückten Alters noch die polnische Sprache erlernt, die auf ihn beruht. Er selbst ist der Sohn eines heftigen Pfarrers. Von seinen fünf Kindern ist ein Sohn ebenfalls Pfarrer geworden, während ein zweiter Sohn und eine Tochter ihm treulich in der Gemeindefarbeit beistehen.

\*

Sein 25jähriges Berufs Jubiläum feierte Oberfeuerwehrmann Adolf Bartisch, Halle a. d. S. (B. mar 13 Jahre in Polen und seit 1920 bei der Berufsfeuerwehr Halle in Dienst; B. ist Vorstandsmittglied der Ortsgruppe Halle I.)

**Ernennung.** Der Greifswalder Bibliothekar Dr. Meun wurde als Nachfolger von Dr. Josef Deutsch zum Direktor der Greifswalder Universitätsbibliothek ernannt. — Die Leitung des Kulturamtes Küstrin ist dem Regierungs- und Kulturrat Pöschke in Oels übertragen worden, bis Ende Oktober wird vertretungsweise Regierungs- und Kulturrat Bueren als Greifswalder die Geschäfte führen. Der bisherige Leiter des Kulturamtes Küstrin, Regierungs- und Kulturrat Karstens, der in den Ruhestand tritt, hat sich in einem Schreiben an Herrn Geh. Schmid von der Siedlungsgesellschaft Deutscher Ostland verabschiedet, in dem er für das jederzeit entgegenkommende gute Zusammenarbeiten dankt.

Dr. Karl Meinold, Privatdozent an der Breslauer Universität, ist zum Professor für Pfanzenererbungslehre an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim bei Stuttgart ernannt worden.

Zum **Oberverwaltungsgerichtsrat** wurde ernannt Oberlandesgerichtsrat Dr. Seeger in Marienwerder.

**Schoren:** Eine Tochter Professor Dr. med. Kowik und Frau Johella, geb. Riek, Frankfurt a. O.

**Vermählt:** Dr.-Ing. Oskar Schröder, früher in Wolfstein i. P., jetzt Berlin-Rieschenschloß, Melkelt. 30, mit Frä. Elsa Schück, Berlin.

**Silberhochzeit:** Schneidermeister Hermann Rosenthal und Frau Meta, geb. Rosenber, früher Regalen (Polen), jetzt Schmetzin in Mecklenburg, Wallenstr. 13) am 20. 10.; Hausmeister Adolph Willner nebst Ehefrau, Kassel, Schützenplatz 3 (früher Kaloskjan)

am 13. 10.; Oberfeuerinspektor Karl Janotte und Ehefrau Elisabeth, geb. Dohy, früher Knauth b. Dinn und Wissa i. Polen, jetzt in Hannover, Jacobstr. 12 (Mitglied der Ortsgruppe) und langjähriger Schachmeister der Ortsgruppe Hannover; Pfarrer Wilhelm Wiliamann und seine Gattin Margarete, geb. Steffin, früher Wissa, jetzt in Königsberg i. Pr., Waigstr. 1, am 13. 10. (Pfarrer Wiliamann amtierte über 1½ Jahrzehnt in Wissa und war nach der Abtretung Polens an Polen auch Geschäftsführer des Deutsch-Polenbundes, dabei den Polen ein Dorn im Auge, loß er schließlich im Jahre 1924 die ihm liebgewordene Stadt Wissa vollständig verlassen mußte. Er wurde als Pfarrer der Sakramenten Kirche in Königsberg gewählt. Als einer der tapfersten Vertreter und Kämpfer für das Deutschtum übernahm Pfarrer Wiliamann den Vorsitz unserer Ortsgruppe und wurde gleichzeitig Kulturpfleger des Landesverbandes Ostpreußen. Als solcher hat er wiederholt belebende, hinreichende Vorträge auch in den Ortsgruppen der Provinz gehalten. Frau Pfarrer Wiliamann, die edle, erste deutsche Frau und Mutter, ist neben ihrer regen ehrenamtlichen Tätigkeit als Vertreterin der kirchlichen Frauengruppe und des raoungelichen Arbeitervereins ihrer Gemeinde, sowie geschäftlich und gesellschaftlich Rednerin im Schützverein und anderen sozialen Vereinen auch Vorsitzende unserer multergütigen Frauendienstgruppe.)

**Bejahrte Ostmärker:** Frau Auguste Riedel i. Schneidemühl am 18. 9. 90 J.; Frau Alwine Heymann, Berlin SW 40, Petter Str. 45, über Bromberg, langjähriges Mitglied der Orts- und Frauengruppe Berlin-Nord, am 4. 10. 74 J.; Frau Wwe. Rosina Stein, geb. Sroka, früher Polen, in Grandorf, Krs. Weidenau, jetzt bei ihrem Schmiegerehn, Polstischhofen Joh. Sundt in Seidenberg, der seit Gründung der Ortsgruppe deren Kassenerin ist, am 9. 10. 80 J.; Richard Kublmann, Berlin-Mariendorf, Prinzenstr. 13, früher Culm, am 5. 10. 60 J.; Oberlandmesser i. R. Friedrich Giedke in Dunsau, Doppelstr. 13, früher Bromberg, am 6. 10. 73 J.; Bäcker Martin Pöhl in Wittlau 38, Krs. Dunsau, früher Reugut bei Schmigel, Prov. Polen, am 4. 10. 65 J.

**Gestorben:** Herrn. Marie Spiekermann, Meiningen, Vandesberger Str. 12, früher Polen, Colombstr. 21, am 11. 10. 82 J.; Schulmuttermeister Hermann Gieseler in Groß-Polzin (Ostpreußen), früher Erens a. Dr., Krs. Bromberg, am 5. 10.; Schulrat Altmann in Havelberg, früher Bromberg und Rathaus, am 3. 10. 84 J.; Pastor i. R. Ewald Schanke in Lübeck am 21. 9. (Sch. war Schrift- und Kassensührer der Lübecker Ortsgruppe des D. O.); Fleischermeister Otto Kassei, früher Bromberg, in Kiel am 30. 8. 82 J. (K. war das älteste Mitglied der Ortsgruppe); der Kirchenälteste Otto Steink



## Künstlerisch vollendet

Sind auch die neuen Uniformbilder, die jetzt den Packungen unserer aus Gründen vorzüglicher Verdaulichkeit rauchmich verlangten Zigaretten beiliegen. Sie sind, gleich den früheren, von einem bekannten Militär-maler entworfen und bringen uns das rauchreiche

### Zeitalter der

### Deutschen Freiheitskriege

nach. Sowohl damit, wie mit unserem aufrechten Verstand, den Zigarettenraucher nur das Edelste zu bieten, verflacht sich unser zielbewusster Kampf zugunsten der deutschen Volkswirtschaft gegen Teufel und Kobolden. Deutscher Raucher, bleibe wach und wähle:

**Trommler 3½ Alarem 4  
Sturm 5 Neue Front 6**

In allen Packungen liegen wertvolle Gutfische.  
Sturm-Zigaretten G. m. b. H., Dresden

Inser Bild-Verkehr-Zentrale,  
Dresden-N., Schloßstraße 9, tauscht ab  
1. Okt. die Uniformbilder der ersten Reihe:  
Zeitalter Friedrichs des Großen

aus Bublin, infolge einer Operation im Krankenhaus in Wengromitz, am 8. 9. (er gehörte seit 30 Jahren den kirchlichen Körperstellen der ev. Gemeinde Bublin, seit 24 Jahren dem Gemeindefiskus an und war seit langem Abtont der Kirchenkasse, hielt Verpflegungsdienste auf und diente auch sonst in jeder Hinsicht der Gemeinde vorbildlich, so daß Superintendent Hemmerling seiner Anprache am Grabe mit Recht das Wohlwort zugrunde legen konnte: „Ein treuer Mann wird viel geliebt!“; Gutsbesitzer Karl Dognitz, Distriktskommandant bei Mogino, am 8. 10. 61 J.; Frau Franziska Rothke, geb. Herber, in Posen, am 7. 10. 78 J.; Politienkorporist I. R. Walter, Rührer in Stettin, feilber Frankfurter a. O., am 4. 10. 78 J.; Lehrer i. R. Hermann Hoffmann, Frankfurt a. O., am 9. 10. Zum vierten Male binnen kurzer Zeit hat der Tod die weit über die Grenzen von Posen bekannte Familie König heimgeführt: Am 27. 9. starb in Woldeberg (Neumark) der Kaufmann Bernhard König im Alter von 63 Jahren; in Posen diente er 18 Jahre beim Grenadierregiment Nr. 6 als Regimentsführer und betrieb nach seinem Abschied „Ecke Neue Garten-“ und „Angulus“-Wiktoria-Sträße ein Herrenbildungs- und Militärerkeftungsgelände, nach seiner Verbrängung ließ er sich in Woldeberg nieder, wo er ein Manufakturgeschäft betrieb; der Verstorbene war ein Bruder unseres Landesverbandsvorsitzenden von Schlesien, H. König in Breslau.

\*

## Aus der uns verbliebenen Ostmark. Aus der Grenzmark Posen-Westpreußen und der mittleren Ostmark.

Landberg (Warthe). In dem Dorfe Dühringshof hat man sich seit Jahr und Tag vergeblich bemüht, Mittel für ein neues Orgel zu beschaffen. Jetzt hat sich Pfarrer Gertrude erklärt, die erforderliche Summe aus eigenen Mitteln bereitzustellen. Die Erlangung soll durch einen Verzicht auf das Wohnungsgeld ermöglicht werden.

Neu-Verschen. Mit dem Beginn des Oktober erscheint hier eine Zeitung mit dem Kopf „Grenzmärk-Gote“. Das Blatt, das dreimal wöchentlich zur Ausgabe gelangt, wird von dem Buchdruckereibeherriger Albricht verlegt, der bis zum polnischen Aufstand 1918 in der Stadt Verschen das „Welpolener Volksblatt“ herausgab.

## Aus der uns geraubten Ostmark. Aus Posen.

Bromberg. Das Gebäude der früheren Bank *M. Stadtbagen* (Louis Aronson) in der Wilhelmstraße ist am 24. August von der Stadtsparkasse käuflich übernommen worden.

Wulzenfelde (Kra. Hohenhausen). Durch ein jahrelanges geistesschwaches Kind, das in einer Scheune mit Strohbläsern spielte, entfiel am 24. August ein *Großfeuer*, durch das neun mit Getreide

gefüllte Scheunen und Wirtschafsgelände verbrannten. Der Schaden wird auf 100 000 Zloty beziffert, während die Versicherungsumme nur 35 000 Zloty beträgt. Die meisten Wohngebäude und eine Mühle konnten erhalten werden.

Strelno. Am 1. Oktober beging der Leiter der hiesigen Mittelschule, Rektor *Pjrkawa*, sein 25jähriges *Amtsjubiläum*.

## Aus Westpreußen.

Stadenau. Das hiesige Weirkeftgericht beurteilte nach dreitägiger Verhandlung den während vorbereiteten *Reveroffizier* der polnischen Armee, Edwin Chomas *Pitt*, wegen Spionage zugunsten eines deutschen (1) *Nachbarlandes* zum Tode durch Erhängen. Serner wurde *Pitt* die hitzgerichten *Schwerekrähte* abgenommen. Nach Verkündung des Urteils wandte sich der Verteidiger telegraphisch an den Staatspräsidenten, der von seinem *Wagnadigungsrecht* Gebrauch machte und die Strafe in zehn Jahre *Zuchthaus* umwandelte.

Ein hervorragender Beweis dafür, daß auch in schwerster Zeit *schammäßige* Lügheit sich durchzusetzen vermag, ist die *Sturm-Zigaretten-S. m. b. H., Dresden*. Den beispiellosen *Aufhebung* dieses rein deutschen Unternehmens haben naturgemäß nur überlegene Vertriebs- und *Schaffensfähigkeit* möglich gemacht. Bekanntlich erzeugt das Unternehmen die führenden *Zigarettenmarken*: *Emmerlet* (3 1/2 Pf.), *Alarm* (4 Pf.), *Sturm* (5 Pf.), *Neue Front* (6 Pf.) und läßt den *Packungen* wertvolle *Guthweise* und prächtige *Uniformbilder* bei. Am 1. Oktober erscheint eine neue *Reihe* von 240 Bildern, die dem *tabum-reichen* Zeitalter der deutschen *Freiheitskriege* gewidmet ist. Auch diese *meisterhaften* Darstellungen stammen von dem bekannten *Militärmalerei* *Herbert Knödel* d. J. und sind in *hohem Maße* dazu geeignet, *jung* und *alt* für die *besten* *Katen* unserer *Vorläufer* zu begeistern. *Begrüßenswert* ist, daß die *Sirma* ebenfalls am 1. Oktober eine *Bilderausgabe* in Dresden-*U.* 1, *Schiffstraße* 9, *eröffnet* hat, die den *Sammlern* auch als *Verschluss* zur *Verfügung* steht. Alle *Cautionen* sind *nummehr* entweder *brieflich* oder *persönlich* dortin zu richten. *Zunächst* wird *getauscht* die *bisherige* *Widerläufer*: *Zeitalter* *Freiheits* *des* *Großen*.

*Überroft* wird die *Haustafel*, welche zum *ersten* Male *Maggi's Würze* verwendet und *findet*, daß schon *wenige* *Erphen* *genügen*, um *schwachem* *Suppen* und *Solgen* *augenblicklich* *taffelfertig* zu machen und um *Gemüßen* *leichte* *Salaten* *feinen*, *kräftigen* *Wohlgeschmack* zu verleihen. Es ist *bedauert* auch *nicht* zu verwundern, daß *alleseitig* *Maggi's Würze* als *das* *unübertreffliche* *Küchenhilfsmittel* *gepriesen* wird.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Für die nicht von der Bundesleitung veranlaßten Anzeigen im Anzeigenteil kann eine Haftung nicht übernommen werden.

... einige Tropfen  
**MAGGI'S Würze**  
verbessern  
das einfachste Essen.



Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine!

Suche für meine  
Bücher- und  
Konditorei ein  
altes, kräftiges  
**Lehrling**  
kann auch schon gelernt  
haben.  
**Haase**  
Berlin-Neukölln  
Delbrückstraße 61.

Der „*Öffentliche Heimatkalender*“ *liefert* auf *derer* *Rage* und *Entwöhnung* *des* *gelesenen* *Öffentliches*, *er* *bedürftigst* *besonders* *den* *ein* *schärfsten* *umfährten* *Teil* *der* *deutschen* *Öffnung*. *Es* *um* *den* *Wesen* *geraubten* *Wesen* *und* *die* *schwer* *unterbreiten* *und* *bedürftigen* *Kultur*. *Es* *erhöht* *Wissenschaft* *hochwertigen* *Wissenschaften*. *In* *den* *Wissenschaften* *bedürftigen* *Reimer* *des* *Öffens* *bietet* *er* *reichtes* *Wissenschaftsmaterial* *für* *jeden*. *Der* *ist* *mit* *Wissenschaften* *bedürftig*. *In* *den* *Wissenschaften* *bedürftigen* *Reimer* *Schritt* *Wissenschaft* *gibt* *er* *einen* *Wissenschaft* *aus* *den* *Wissenschaften* *Schritten* *der* *Kultur*. *Als* *wertvolle* *Wissenschaft* *im* *Wissenschaft* *um* *die* *Wissenschaft* *ist* *er* *nicht* *zu* *entbehren*.

Deutscher Ostbund, Kulturabteilung, Berlin W 30, Motzstraße 22.

Anzeigen! — Wie Druckpreise ändern!

## Bestellkarte.

Hiermit bestelle ich ..... Stück

„*Öffentlicher Heimatkalender* 1933“

zum Preise von 1,50 Mark, als *Öffentliches* 1,20 Mark je Stück.

Zuglich 0,15 Mark Porto.

Bezahlung erfolgt: 1. durch *Nachnahme*, 2. durch *Postanweisung*, 3. durch *Post-*  
*scheckkonto*: Berlin 104 726

Name: ..... (Nichtzutreffendes bitte durchstreichen.)

Wohnort: ..... Poststation: .....

(Name und Poststation genau ausfüllen.)



Am 5. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, entfiel nach einem arbeitsreichen Leben infolge Schlaganfalls mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der Schuhmachermeister

**Hermann Zielaff**

im Alter von 64 Jahren.

Im Namen der Hinterbliebenen  
**Frau Berta Zielaff,**  
geb. Voerte.

Groß-Polam, den 6. Oktober 1932.  
bei *Clens* (Mittelsland), früher  
*Erne* a. Br., Kr. Bromberg.

Die Beerdigung hat am Montag, den 10. Oktober, nachmittags 3 Uhr vom Krankenhaus *Clens* aus stattgefunden.

**Ostmärker!** Trete unserer Ostbunderbestelle bei.

Auskunft erteilt die Bundesleitung in  
Berlin W. 30, Motzstraße 22.

### Oftmärket! Provisionsreit Glänzende Existenzen!

Anzahl 4

- Billig verkäuflicher Industrie- od. Geschäftsbücher-Komplex mit eigener Wasserkraft im Vorort von Ulm, bel. für Verlaunations- und fremden-industrielle Zwecke geeignet bei Verpachtung N.N. 250-300
- Fabrikgrundstück, Bank zweckmäßiger Raumeinteilung für jede Art Fabrikation, insbes. Bleichkorkerzen-, Kartonnagen-, Aluminium-, Zellulose-Industrie usw. geeignet, in Herberg a. d. Saale 10 000
- Dampfsgewerke mit Holzverarbeitungsfabrik, Holzhandlung Baumaterialien, Ölmühle in lebhafter Stadt in der Niederlausitz 20-25 000
- Vandopos einfaßl. parkähnlichem Garten mit allem Baumbehalte, 3790 qm, im vornehmsten Teil des Ortes, vollkommen lern- und handfrei für Arzt mit Klinik oder dergl. geeignet, in Cramnitz (Oberbohern) . . . . . Preis: 45 000  
Anz. 22 000
- Sofort verkäufliches, als Ferienheim oder dergl. geeignetes Hausgrundstück in der deutschen Schweiz, Kanton Appenzel . . . . . 25 000
- Grouppenfabrik in der Nähe des Hauptbahnhofes und unmittelbar an der Oder in Stettin . . . . . Preis: 20 000  
Anz. 12 000
- Einfamilien-Wille einfaßl. Garten, ca. 4500 qm in lürem- und handfreier Lage, außelr verkaufsgünftig in Düsselborf
- Verkaufliches od. zu verpachtendes Hotelgrundstück, mitten im Zentrum der Stadt — im Brennpunkt des Verkehrs — mit gr. Verlaunationsgarten und anderen ansehnlichen Gebäude im Rheinland. Preis u. Anzahlung nach Vereinbarung.
- Schlößchliches Bauerngut in Tirol, wunderbare Gebirgs-lage, 108 Morgen, sehr rentabel, mit Vieh, Obstzucht und 15 komplett eingerichteten Zimmern . . . . . Preis: 45 000  
Zur Übernahme erforderlich.
- Willa (Eckgrundstück) inmitten eines parkähnlichen Gartens, vollkommen lern- und lürem-frei, für Arzt mit Klinik, Sanatorium oder dergl. geeignet, in bekanntem Restort bei Dresden . . . . . 35 000
- Verkaufliches od. zu verpachtendes Hotelgrundstück in schüler Lage Pübbemas im Zentrum der Stadt, etwa 8 Hektaren von der Bahnhofsstation entfernt . . . . . 32 000
- Geschäftsgrundstück mit Kuchenschwaren- und Delikatessen-geschäft in besser Lage Nord-böhmen . . . . . 12 500
- Wid.-Projekte kostenlos durch:

**K O C H & Co., Berlin W 35**  
Börnbergsstraße 1. Tel.: B2 Lützow 5933.

### Herrenzimmer

mod., Eiche mit faulfaßl. Fußbaum, neu beleht. aus: Stuhlverstellbar, 220 cm breit, Dipl.-Schreibtisch, rund Tisch, 2 Stühle, Schreibstiel, 275 RM.

**Einrichtungen GmbH**  
Berlin-Halensee,  
Kurfürstendamm 138.  
Brabant 4077.

### Ein schönes

**Gewidäftsgrundstück**  
geeignet, jede Brandrie, mit großem Hof und Lagerräume u. schöner Wohnung in Kleinfaßl. K-Straße, an der Hauptstraße gelegen, steht un- günstigen Bedingungen zu verkaufen oder zu verpachten.

### Landwirtschaft

20 Morg., in sehr gutem Zustande, m. lebendem u. totem Inventar für 9000 M. zu verkaufen. Auskunft erteilt **Miois Karst, Rübenwalde, Kreis Lüben.**

### Pr. Klass. - Lotterie

**Lose 1. Kl.**  
Staatl. Lotterie-Einnahme  
Stettin, Augustastr. 8  
(früher Hohensalza.)

### Villengrundstück

in Oberwalden, 2 Zimmer, beste Lage. Erforderlich 10000-12000 M.

### Landgasthof

Soal, zwei Goltzimmer, zwei Privat-zimmer, zwei Fremdenzimmer, Garten, 4 Morgen Acker, Stallung, Hauptdurchgangstraße. Erforderlich 4000-5000 M.

### Kuhstall

15 Kühe, 20 Jahre in einer Hand. Preis-forderung 6000 M. Nach Hypothekenbrief kann in Zahlung gegeben werden.

### Pachtlandgasthof

Soal, zwei Goltzimmer, zwei Privat-zimmer. Erforderlich für Zwei. 1500 M.

### Pachtlandgasthof

45000 M. verrenteter Umsatz mit Kino, Soal für 700 Personen. Erforderl. 45000 M.

### Pachtbäckerei

Rechäfte Stadt, Doppel-Interung-Dien, sämtliche Maschinen. Beschäftigt sind 4 Gefellen. Zur Übernahme erforderlich 1600 M. für Kaution. Wohnung vorhanden.

Landwirtschaftlichen, Geschäfte aller Art.

### Märkische Güter-Agentur

**Heringshausen & Mutschler,**  
Eberswalde,  
Eisenbahnstraße 40. Fernruf 469.

## Preuß. Staatslotterie

Ziehung 1. Klasse am 21.22. Oktober.  
Folgende Glücknummern halle ich für meine Landsleute reserviert:

- Achtellose à 5 RM.: 129997, 130043, 144136, 343599, 363060.
- Viertellose à 10 RM.: 31312, 31338, 92383, 214418.
- Halbe Lose à 20 RM.: 40701, 350999, 376658.
- Ganze Lose à 40 RM.: 100026, 221189, 247606, 249441.

Bitte bestellen Sie sofort! Zahlung erst am 20. Oktober erforderlich.

### Dr. Dütschke

Staatliche Lotterie-Einnahme  
Berlin W 30, Giesbergstr. 8-9  
Vorhildedfonto: Berlin 35222

## Aufbaukredit

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.  
(Geschäftsnille des Deutschen Ostlandes)  
Berlin W. 30, Mohlfstraße 22. Tel. B 5 Barbatoffa 9061.

Verwertung von  
**6% Reichsschuldbuchforderungen**  
durch Verkauf und Beleihung (im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel)

Beratung in Vermögensanlagen und allen Kreditangelegenheiten  
Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

## Zur Beachtung!

Die Anzeigenge-bühren sind je-wells innerhalb 8 Tagen nach Er-scheinen zu be-gleichen. Nach Ablauf dieser Frist erfolgt die Einziehung des Betrages zuzügli- derspesen durch Nachnahme.

## Dame

Dütmärkerin, Mitte 60, alleinlebend, statlich, 10 000 M. Vermögen, wünscht wieder Heirat m. gut situiertem Herrn. Gel. Offerten un. 2716 an das Dülband erbeten.

## Wer kennt

die Adresse des Herrn Friedrich Wed u. seiner Ehefrau Emilie Wed, welche wohnhaft in Bifchofsfahl, Kreis Bifsch, Ang. an Land-wirt Ang. Steinbuge, Eigen. Post Bad Sülze.

## Preuß. Staats-Lotterie

**Lose 1. Kl.** am 21. und 22. Oktober  
Ziehung:  
Zu haben bei Staatl. Lotterie-Einnahme  
**Swinna,** Berlin W 35,  
Potsdamer Str. 116 a.  
Ecke Lützowstraße.  
Führer in Kaitowitz, O/S. Tel. Litzow 3690.